

Makroökonomische Analyse

Für die europäische Wirtschaft war 1993 ein sehr schlechtes Jahr. Die Arbeitslosigkeit erreichte ein seit Ende des zweiten Weltkrieges nicht dagewesenes Ausmaß, das Wirtschaftswachstum insgesamt geriet in die roten Zahlen und die Haushaltsdefizite stiegen auf Rekordhöhe. Doch gab das Jahr 1993 auch Anlaß zur Hoffnung. Der Aufschwung in den angelsächsischen Ländern, der bereits 1992 eingesetzt hatte, bestätigte sich und ebnete dem europäischen Kontinent den Weg aus der Krise. Das 1993 außerordentlich starke Wachstum in den südostasiatischen Ländern läßt auf neue Absatzmärkte für die europäische Produktion hoffen.

Im Kampf gegen die steigende Arbeitslosigkeit wurde eine verstärkte Flexibilisierung des Arbeitsmarktes als Lösung in Erwägung gezogen. Tiefgreifende Reformen des Arbeitsmarktes, die auf eine Reduzierung der Kosten für nichtqualifizierte Arbeitskräfte und für die Arbeitslosenhilfe abzielen, werden zur Zeit jedoch noch durch soziale Probleme und die äußerst besorgniserregende

Lage am Arbeitsmarkt selbst erschwert. 1994 wird das Wachstum in Westeuropa mindestens 1,5% betragen und 1995 voraussichtlich die 2-Prozent-Marke übersteigen. Auch die osteuropäischen Länder werden dieses Jahr ihre Ergebnisse von 1993 verbessern können, insbesondere was Produktion und Inflation anbetrifft. Die folgende Analyse befaßt sich zunächst mit den gesamtwirtschaftlichen Tendenzen für 1994 und 1995 sowie den geld- und haushaltspolitischen Entwicklungen in Europa vor dem Hintergrund des Konjunkturumschwungs. Sodann werden die Politiken der Europäischen Union dargestellt, im Zusammenhang mit der Wirtschaftslage in den Ländern der EFTA, sowie in Mittel- und Osteuropa. Anhand der gesamtwirtschaftlichen und politischen Tendenzen werden schließlich die Verhaltensweisen und Strategien der europäischen Unternehmen im Zuge der allmählichen Erholung der Wirtschaftsaktivität erläutert.



I. Die gesamtwirtschaftlichen Tendenzen in Europa

II. Europäische Politiken: 1994, Jahr des Übergangs

III. Investitionen und Unternehmensstrategien in Europa

Texte: Jean-Louis Mucchielli
Professor an der Universität Paris I
Panthéon-Sorbonne

Texte und Schaubilder:
© Europages, Juni 1994

Quellen

[OECD](#)

Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung,
Paris (F)

IWF

Internationaler Währungsfond,
Washington D.C. (USA)

GATT

Allgemeines Zoll - und Handels -
abkommen,
Genf (CH)

EBRD

Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, London (GB)

Kommission der Europäischen Gemeinschaften,
Brüssel (B)

UNO

Organisation der Vereinten Nationen, Genf (CH)

© Europages September 1994

I. Die gesamtwirtschaftlichen Tendenzen in Europa



1. Der lange und ungleichmäßige Aufstieg aus dem Rezessionstal



2. Die kontrastreiche und weiterhin besorgniserregende Entwicklung der Arbeitslosigkeit



3. Eine gezügelte Inflation und sinkende Zinssätze



4. Steigende Haushaltsdefizite schränken den wirtschaftlichen Spielraum ein



5. Turbulenzen auf dem Weltmarkt

II. Europäische Politiken: 1994, Jahr des Übergangs

Die europäische Union steht am Scheideweg zwischen Konvergenz und Erweiterung. Die Rezession wirkt sich erschwerend auf ihre Konvergenz- und Integrationspolitik aus. Weiterhin haben die Bestrebungen zur Erweiterung des Binnenmarktes infolge der Polarisierung der Weltwirtschaft sowohl in Asien als auch in Amerika zu einer Beschleunigung der Verhandlungen mit den EFTA-Staaten geführt. 1993 haben vor dem Hintergrund der Rezession die miteinander verknüpften Konvergenz- und Erweiterungspolitiken und die daraus resultierenden Diskrepanzen das Vertrauen in den europäischen Aufbau erschüttert. Mit dem Wirtschaftsaufschwung gestalten sich die Zukunftsaussichten der europäischen Union jedoch positiver.



1. Die vorübergehende Krise des Europäischen Währungssystems und die Wirtschafts- und Währungsunion



2. EU-Beschäftigungspolitik: gesamtwirtschaftliche und regionale Bestrebungen



3. Die Erweiterung der Europäischen Union als Herausforderung zur Jahrtausendwende



4. Osteuropa: Partner Westeuropas

III. Investitionen und Unternehmensstrategien in Europa

Seit 1991 haben sich die europäischen Unternehmen der ungünstigen Konjunkturlage angepaßt. So beschränkten sie ihre Investitionstätigkeit auf Produktivitätssteigerung und nahmen gleichzeitig Arbeitsplatzkürzungen vor. Um der steigenden internationalen Konkurrenz standzuhalten, griffen sie erneut zu Umstrukturierungs- und Fusionsmaßnahmen, wenn auch in geringerem Ausmaß als zuvor. Sie wenden sich auch verstärkt den Auslandsmärkten zu, die ihnen größere Absatzmöglichkeiten und günstigere Produktionsbedingungen bieten als Europa.



1. Die Investitionstätigkeit in den europäischen Ländern



2. Die finanzielle Situation der europäischen Unternehmen in der abklingenden Rezession



3. Direktinvestitionen und Strategien europäischer Unternehmen auf internationaler Ebene



4. Die Strategien europäischer Unternehmen angesichts der EU-Institutionen

1. Der lange und ungleichmäßige Aufstieg aus dem Rezessionstal

Trotz des kräftigen Wiederaufschwungs in den Vereinigten Staaten und der positiven Konjunkturlage in Großbritannien war der europäische Aufschwung im ersten Quartal 1994 noch schwach. In den einzelnen europäischen Staaten waren dabei vor allem erhebliche Konjunkturunterschiede zu beobachten. So hat in Deutschland, wo bis 1992 eine rege, vereinigungsbedingte Wirtschaftstätigkeit herrschte, die Rezession verspätet eingesetzt, wogegen in Großbritannien aufgrund des amerikanischen Wachstums frühzeitig ein Aufschwung verzeichnet werden konnte.

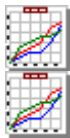
Ein zögernd einsetzender Aufschwung...

Mit der Rezession von 1993 ging in Europa ein Konjunkturzyklus zu Ende, der 1987 begonnen hatte. 1994 steht also im Zeichen des Aufschwungs. Allerdings wirken sich die Rezessionsfaktoren der vergangenen Jahre sowohl bezüglich der Verbrauchernachfrage als auch hinsichtlich der Unternehmensaktivität weiterhin hemmend auf diesen Aufschwung aus. So beeinträchtigen die stetig steigende Arbeitslosenquote, die Haushaltsdefizite und die kurzfristigen Effektivzinssätze, die trotz ihres Rückgangs noch immer hoch erscheinen, gemessen an den amerikanischen Zinssätzen, die Wirtschaftsaktivität. 1993 mußten die meisten Länder Kontinentaleuropas einen starken Rückgang ihrer Inlandsnachfrage hinnehmen. Der Anstieg der Arbeitslosenzahlen und das Absinken des verfügbaren Einkommens wirkte sich hemmend auf den Verbrauch der Haushalte aus. Gleichzeitig nahm die Investitionstätigkeit der Unternehmen aufgrund der immer unzureichenderen Auslastung der Produktionskapazitäten und der stagnierenden Nachfrage ab.

... mit stark unterschiedlicher Ausprägung in den europäischen Staaten

Die Aufschwungsindikatoren verdeutlichen die starken konjunkturellen Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern. Der in Großbritannien 1992 eingetretene Aufschwung hat sich 1993 bestätigt. Anfang 1993 machten sich in den Niederlanden, Spanien und Portugal erste Anzeichen eines Aufschwungs bemerkbar, und wenig später verbesserte sich die Lage auch in Deutschland, Österreich und Dänemark. In den Ländern, deren Währungen stark abgewertet worden waren (insbesondere Italien, Finnland, Spanien und Schweden), wurde der Aufschwung durch die Exporttätigkeit besonders angeregt, wodurch diese Länder ihre Marktanteile im Ausland erheblich ausbauen konnten.

Die Wachstumsaussichten für 1994 und 1995 stehen in engem Zusammenhang mit der zeitversetzten Konjunktorentwicklung. Die dynamischste Wachstumsrate im Jahr 1994 wird Großbritannien mit voraussichtlich ca. 3% erreichen. Auch in Deutschland zeichnet sich dieses Jahr ein Aufschwung ab, jedoch könnte lediglich verstärkter Beitrag des Außenhandels zum Wachstum dem Rückgang der Inlandnachfrage entgegenwirken, welcher auf die Zuspitzung der Lage auf dem Arbeitsmarkt, den Rückgang der effektiven Löhne und Gehälter sowie die restriktive Haushaltspolitik und die damit verbundene Schwächung der Kaufkraft der Verbraucher zurückzuführen ist.



BIP und BIP pro Einwohner in Westeuropa 1993

BIP-Wachstum in Westeuropa 1992-1995

2. Die kontrastreiche und weiterhin besorgniserregende Entwicklung der Arbeitslosigkeit

Große Unterschiede zwischen den Ländern ...

Die Arbeitslosigkeit wird in Westeuropa weiterhin leicht ansteigen. Gegen Ende des Jahres 1995 wird sie sich jedoch auf 12%, d.h. insgesamt 22 Millionen Arbeitslose, einpendeln. Infolge des wirtschaftlichen Wiederaufschwungs dürfte 1995 ein leichter Rückgang einsetzen. Die Entwicklung innerhalb der einzelnen Industriestaaten fällt sehr unterschiedlich aus. So verringert sich die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten dank des Aufschwungs seit Ende 1992 und wird Ende 1994 lediglich 6,3% der erwerbsfähigen Bevölkerung betreffen. Im Gegensatz dazu nimmt beispielsweise die Lage in Spanien bedrohliche Ausmaße an. 1995 könnte annähernd ein Viertel aller spanischen Erwerbsfähigen ohne Arbeit sein. In mehr als der Hälfte der EU-Länder wird die Arbeitslosenquote 1995 voraussichtlich nach wie vor über der 10%-Grenze liegen.

1995 wird die Arbeitslosigkeit lediglich in Großbritannien sinken. Mit einer Rate von rund 9% siedelt sie sich jedoch auch weiterhin auf einem relativ hohen Niveau an. Die Verbesserung am Arbeitsmarkt in Großbritannien ist nicht nur auf die positive Einwirkung des Aufschwungs zurückzuführen, sondern erklärt sich auch durch die zunehmende Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. So konnten die Arbeitszeiten durch die sich vermehrt durchsetzende Teilzeitarbeit gesenkt werden.

... und eine weiterhin besorgniserregende Lage

Die andauernde Arbeitslosigkeit wird die Mißstände auf dem Arbeitsmarkt verschärfen. Längere Beschäftigungslosigkeit geht auf Kosten der beruflichen Kompetenz und Qualifikation und erschwert es somit zunehmend, einen der vorangegangenen Beschäftigung entsprechenden Arbeitsplatz zu finden. In zahlreichen westeuropäischen Ländern bleibt die Langzeitarbeitslosigkeit (über 12 Monate) ein großes Problem. In Italien ist sie sehr ausgeprägt, während sie in Frankreich und besonders in Großbritannien ein geringeres Ausmaß einnimmt. Doch abgesehen von diesen beträchtlichen zahlenmäßigen Unterschieden verläuft auch die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Ländern sehr kontrastreich. Fällt die Rate der Langzeitarbeitslosigkeit in Großbritannien seit 1988 deutlich, so stagniert er in anderen Ländern. Maßnahmen zu einer Flexibilisierung des Arbeitsmarktes in den europäischen Ländern scheinen inzwischen unumgänglich, zumal die einzelnen Staaten aufgrund ihrer hohen Verschuldung in Zukunft Kürzungen bei den Sozialleistungen vornehmen werden müssen.



Arbeitslosigkeit in Westeuropa 1992-1995

3. Eine gezügelte Inflation und sinkende Zinssätze

Die in allen Industriestaaten zu beobachtende Verlangsamung der Inflation ist auf die schwache Wirtschaftstätigkeit, die niedrigen Rohstoffpreise (insbesondere des Erdöls), gemäßigte Lohn- und Gehaltsforderungen und die Produktivitätssteigerung zurückzuführen. Diese Entwicklung dürfte währungspolitische Wiederbelebungsmaßnahmen und insbesondere eine weitere Senkung der Effektivzinsen ermöglichen.

Die niedrigsten Inflationsraten seit den 60er Jahren...

1993 ist die Inflationsrate in den westeuropäischen Ländern auf ca. 3,5% zurückgegangen. 1994 und 1995 wird sich diese Tendenz voraussichtlich fortsetzen. Für 1995 wird in Westeuropa mit einer durchschnittlichen Inflationsrate von 3% gerechnet. Selbst in den 60er Jahren, der Vergleichsperiode für die Preisstabilität, konnten keine niedrigeren Inflationsraten verzeichnet werden. Da der Produktionsapparat in keiner Weise unter Druck steht, scheint die Fortsetzung der Inflationsbekämpfung trotz der erwarteten Wiederbelebung der Produktion auch weiterhin möglich.

Die der Inflationsbekämpfung zuträgliche konjunkturelle Lage ermöglicht europaweit eine Konvergenz der nationalen Inflationsraten. 1993 betrug die Differenz zwischen den Inflationsraten der einzelnen EU-Länder (Griechenland ausgenommen) im Durchschnitt nur noch 1,6% gegenüber 2,6% im Jahre 1988. Diese Konvergenz ist jedoch nicht nur auf den Konjunkturumschwung zurückzuführen, sondern zeugt von einem grundlegenden Umdenken angesichts des Inflationsdrucks, was sich zum Beispiel in der Aufhebung der Preisindexierung der Löhne zeigt. In Italien konnte 1993 beispielsweise der Jahresanstieg der Verbraucherpreise durch die Abschaffung der gleitenden Lohn- und Gehaltsskala auf rund 4% beschränkt werden.

... ermöglichen endlich eine Senkung der Zinssätze

Die Währungspolitiken der westeuropäischen Länder waren 1993 das ganze Jahr hindurch stark von der Politik der Bundesbank abhängig. Dies ist auf die Schlüsselrolle der DM im Europäischen Währungssystem und die starke Abhängigkeit der Wechselkurse von Zinsschwankungen an den verschiedenen Finanzplätzen zurückzuführen. Da nach wie vor die Gefahr einer vereinigungsbedingten Inflation bestand, setzte die Bundesbank ihren Kurs der progressiven und vorsichtigen Zinssenkung fort. Dadurch wurden andere Länder von einer raschen Senkung ihrer Zinssätze abgehalten, da möglicherweise die Stabilität ihrer Währungen beeinträchtigt worden wäre, so daß internationale Anleger aufgrund der hohen deutschen Zinsen vermehrt auf die Mark gesetzt hätten.

Die Deutsche Bundesbank hat letztendlich beschlossen, den Diskontsatz von 8,25% im Januar 1993 auf 5,75% im Dezember und danach auf 5,25% im Februar 1994 zu senken. Dieser Entschluß ist auf den Rückgang der jährlichen Inflationsrate auf rund 2,25% zurückzuführen, wodurch der von den Führungskräften der deutschen Währungspolitik angestrebte Rückgang auf 2% fast erreicht war. 1994 werden voraussichtlich weitere Zinssenkungen folgen, allerdings unter der Voraussetzung, daß der Anstieg der amerikanischen Zinssätze diese Entwicklung nicht behindert.



Entwicklung der Inflationsraten in Westeuropa 1992-1995



Kurzfristige Zinssätze in Westeuropa 1992-1995



Langfristige Zinssätze in Westeuropa 1992-1995

4. Steigende Haushaltsdefizite schränken den wirtschaftlichen Spielraum ein

Die Rezession hat die Haushaltsdefizite der EU-Länder in die Höhe getrieben und stellt zu einem Zeitpunkt, zu dem die Unterstützung des Aufschwungs vonnöten wäre, ein großes Hindernis dar. Auch die von den EU-Ländern angestrebte wirtschaftliche Konvergenz droht in Mitleidenschaft gezogen zu werden. Die Notwendigkeit, die Haushaltsdefizite zu senken, wird sich in den kommenden Jahren deutlich in den wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen der europäischen Länder niederschlagen.

Die Haushaltsdefizite steigen weiter...

1993 stieg das durchschnittliche Haushaltsdefizit in den EU-Ländern mit einem Anteil am BIP von 6,5% auf Rekordhöhe. Die zunehmende Verschuldung der öffentlichen Hand ist größtenteils auf die rezessionsbedingte Verminderung der Einnahmen (Rückgang der Einkommen, der Gewinne und des Verbrauchs und somit auch des Steueraufkommens) sowie eine Erhöhung der Ausgaben (vermehrte Arbeitslosenunterstützung und zusätzliche Ausgaben für die wirtschaftliche Wiederbelebung) zurückzuführen.

Die grundsätzliche Schwierigkeit besteht in den meisten Ländern darin, die Staatsausgaben umzugestalten und dabei die negativen Auswirkungen der Rezession von 1992/93 und die Gefahr einer Schwächung der Verbrauchernachfrage durch die Reduzierung des Haushaltsdefizits nicht aus dem Auge zu verlieren. Besonders hoch war die Staatsverschuldung in Deutschland, Frankreich und Großbritannien, wo restriktive Maßnahmen aufgrund ihrer möglicherweise rezessionsfördernden Auswirkungen erst spät ergriffen wurden. In den drei Ländern nahm 1993 der Anteil der Staatsverschuldung am BIP um nahezu Prozentpunkte zu.

... und stellen sich budgetpolitischen Maßnahmen zur Förderung des Aufschwungs entgegen

Angesichts des Ausmaßes der Haushaltsverschuldung werden die europäischen Länder 1994 dazu gezwungen sein, Kürzungen bei den Ausgaben vorzunehmen und gleichzeitig die Einnahmen zu erhöhen. Derartige Maßnahmen drohen den Aufschwung zu beeinträchtigen. So muß in Großbritannien durch das Ergreifen steuerlicher Maßnahmen mit einer Verminderung des effektiven Einkommens der Bevölkerung gerechnet werden. In Deutschland ist der Defizitanstieg zum Teil als langfristige Auswirkung der Vereinigungskosten zu bewerten. Um das Haushaltsdefizit auf etwa 70 Milliarden Mark zu begrenzen, hat die Bundesregierung ein Einsparungsprogramm verabschiedet, in dessen Rahmen Kürzungen bei zahlreichen Sozialleistungen vorgenommen werden sollen, insbesondere bei der Arbeitslosenunterstützung und gewissen Familienzulagen. Ähnliche Maßnahmen werden zunehmend auch in zahlreichen anderen europäischen Ländern ergriffen.

Die Einhaltung der in den Maastrichter Konvergenzkriterien festgelegten Begrenzung der Staatsverschuldung auf 3% des BIP scheint ohne eine jährliche Wachstumsrate von mindestens 3% unmöglich. Es stellt sich also die grundlegende Frage, inwiefern die negativen Auswirkungen einer Sanierung der Staatshaushalte auf die Konjunktur durch die Senkung der Zinssätze ausgeglichen werden kann. Da die Haushaltspolitik unter den gegebenen Umständen kaum zur Wiederankurbelung der Wirtschaft beitragen kann, könnte durch währungspolitische Maßnahmen Abhilfe geschaffen werden, jedoch nur, wenn die Effektivzinsen auch weiterhin gesenkt werden.



Haushaltsdefizite in Westeuropa 1992-1995

Öffentliche Verschuldung in Westeuropa 1992-1995

Verhältnis Haushaltsdefizite / öffentliche Verschuldung in Westeuropa 1992-1995

© Europages September 1994

5. Turbulenzen auf dem Weltmarkt

Das Welthandelwachstum verlangsamte sich 1993 auf 2,5%, könnte aber nach dem Abschluß der GATT-Verhandlungen und dem allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung 1994 auf über 5% steigen. Voraussetzungen dafür sind allerdings die erhoffte Entwicklung des europäischen Aufschwungs und die Wiederbelebung der japanischen Wirtschaft. Zahlreiche europäische Länder erhoffen sich von einer verstärkten Exporttätigkeit eine Konsolidierung ihrer Inlandsaktivität.

Der schwierige Abschluß der Uruguay-Runde in Marrakesch...

1993 war die EU mit 18,8% des weltweiten Exportaufkommens (EU-interner Handel ausgenommen) vor den Vereinigten Staaten und Japan der größte Exporteur. Gleichzeitig ging jedoch der Außenhandel Westeuropas zurück. So nahm das Exportvolumen um 0,5% und das Importvolumen um 3,5% ab. Mit dem im Dezember 1993 abgeschlossenen GATT-Abkommen und seiner Unterzeichnung im April 1994 scheint einer Expansion des Welthandels für 1994 und 1995 mit günstigen Auswirkungen auf die Lage in Europa der Weg geebnet zu sein.

Die von 111 Ländern unterzeichneten abschließenden Vereinbarungen der Uruguay-Runde treten am 1. Januar 1995 in Kraft und sollen einen deutlichen Abbau der Zölle und anderer, nichttarifärer Handelshemmnisse sowie die Aufnahme von Agrarprodukten, Textilien und Dienstleistungen in die allgemeinen Bestimmungen des GATT bewirken. Ferner ist für Januar 1995 die Einrichtung einer Welthandelsorganisation (WTO) geplant, die für einen faireren und gerechteren Welthandel sorgen soll.

Es wird sich allerdings erst noch herausstellen müssen, ob die WTO ihrer enormen Aufgabe auch gewachsen ist. Abgesehen von der Überwachung einer konsequenten Befolgung der in der Uruguay-Runde beschlossenen Abkommen (Aufhebung der Zollschränken, Reduzierung der Landwirtschaftssubventionen, Fortführung der Verhandlungen im Dienstleistungsbereich) fallen der neuen Behörde zusätzliche Kompetenzen in den Bereichen Umweltschutz, Sozialrecht, internationale Fluktuation der Arbeitskräfte usw. zu.

...läßt die Hoffnung auf eine Wachstumsstabilisierung durch den Außenhandel realistisch erscheinen

Die meisten westeuropäischen Länder erhoffen sich vom Außenhandel 1994 und 1995 einen stimulierenden Einfluß auf ihren wirtschaftlichen Aufschwung. Der in den skandinavischen Ländern für 1994 erwartete Aufschwung erwächst im wesentlichen aus einer anhaltend starken Ausdehnung der Exporttätigkeit, die auf die beträchtliche Abwertung der schwedischen Krone und der Finnmark zurückzuführen ist.

Die Annahme, ein Land könne die Ankurbelung seiner Wirtschaft ausschließlich durch vermehrte Exporte gewährleisten, erweist sich insofern als trügerisch, als seine Exporte logischerweise die Importe seiner Handelspartner sind. Zahlreiche Länder jedoch setzen auf einen Anstieg ihrer Exporte um 4%, um das Wachstum ihres BIP sicherzustellen. Auch wirkt sich das Wachstum außerhalb Europas, insbesondere in Asien, zweifellos positiv auf den Wirtschaftsaufschwung in Europa aus, steht aber gleichzeitig in Abhängigkeit zum Wirtschaftswachstum der Industrieländer und ihrem Importpotential.



Handelsbilanz in Westeuropa 1992-1995

Führende Import- und Exportländer in Westeuropa 1993 :



Exporte



%-Anteil der Länder am Gesamtexport



Importe.



% Anteil der Länder am Gesamtimport



Die wesentlichen Ergebnisse der GATT-Verhandlungen

© Europages September 1994

1. Die vorübergehende Krise des Europäischen Währungssystems und die Wirtschafts- und Währungsunion

Nach der Krise 1992 war das Europäische Währungssystem auch 1993 starken Erschütterungen ausgesetzt. Ließ die Erweiterung der zulässigen Schwankungsbreiten im August 1993 bereits das Ende des EWS befürchten, so hatte diese Entscheidung letztendlich nur geringe Auswirkungen auf die Stellung der einzelnen Währungen. Der Fortsetzung der währungspolitischen Integration dürfte 1994 nichts im Wege stehen.

Scheint die Lage 1994 wieder unter Kontrolle ..

Nach dem positiven dänischen Volksentscheid im Mai 1993 hat das EWS wieder zu einem gewissen Gleichgewicht gefunden. Dennoch bestehen bei den kurzfristigen Zinsen weiterhin tiefgreifende Unterschiede zwischen den Vereinigten Staaten und Westeuropa. Angesichts der europäischen Rezession herrschte auf den Devisenmärkten Zweifel an der Fähigkeit der europäischen Zentralbanken, die Wechselkurse innerhalb der engen Schwankungsbreiten des europäischen Wechselkursmechanismus aufrechtzuerhalten, und dabei die Leitzinssätze nur allmählich zu senken. Folglich war die Franc-DM-Parität, die als zentrales Element innerhalb des EWS gilt, verstärkter Devisenspekulation ausgesetzt, die sich auf den belgischen Franc und die dänische Krone übertrug und auch die Pesetas und den Escudo nicht verschonte, obwohl beide Währungen erst kurz zuvor abgewertet worden waren. Ihren Höhepunkt erreichte die Spekulation Ende Juli 1993, da die Senkung des deutschen Diskontsatzes immer noch auf sich warten ließ. Großangelegte, gemeinsame Maßnahmen der Zentralbanken konnten der Spekulation keinen Einhalt gebieten.

Im August 1993 wurden die zulässigen Schwankungsbreiten der am Wechselkursmechanismus beteiligten Währungen von 2,25% auf 15% erhöht (wodurch sich insgesamt eine Schwankungsbreite von 30% ergab); die Leitkurse blieben hingegen unverändert. Ohne das Funktionieren des EWS zu beeinträchtigen hat diese Entscheidung Spekulanten jeglichen Anhaltspunkt hinsichtlich der Interventionsgrenzen der Zentralbanken genommen. Nach der Erweiterung der Schwankungsbreiten hat sich die DM trotz der eher mittelmäßigen deutschen Konjunkturentwicklung weiterhin als äußerst stabil erwiesen. Ende 1993 hat der französische Franc seine frühere Schwankungsbreite gegenüber der DM wiedererlangt.

1994 dürften die kurzfristigen Zinssätze weiter zurückgehen. Durch den Anstieg der Zinssätze in den Vereinigten Staaten wird das Zinsgefälle zu Deutschland abnehmen, was der Erhaltung der Dollar-DM-Parität sowie der Investitionstätigkeit in den Vereinigten Staaten förderlich sein dürfte. Die Aufwertung des Dollars im Vergleich zur DM wäre somit endgültig besiegelt. Hinsichtlich der anderen wichtigen europäischen Währungen wird mit einer ähnlichen Entwicklung gerechnet.

... so bleibt die Erfüllung der Konvergenzkriterien weiterhin fraglich

Anfang 1994 setzte die zweite Phase der Wirtschafts- und Währungsunion ein, die den Übergang zur Endphase darstellt. Eingeleitet wurde sie durch die Gründung des Europäischen Währungsinstituts (EWI), das mit der Einführung der Einheitswährung zur europäischen Zentralbank avancieren soll. Die zweite Phase sieht die zunehmende gesamtwirtschaftliche Konvergenz der einzelnen Mitgliedstaaten vor. Die öffentliche Verschuldung wird nicht mehr durch währungspolitische Maßnahmen ausgeglichen werden können. Es müssen auch gegebenenfalls Änderungen hinsichtlich des Status der Zentralbanken vorgenommen werden, um vollständige Unabhängigkeit von den Regierungen zu garantieren. Der Beginn der dritten Phase ist für den 1. Januar 1997 angesetzt; wenn die Mehrzahl der Mitgliedstaaten die Konvergenzkriterien bis dahin nicht erfüllt, ist der 1. Januar 1999 als letzter Ausweichtermin vorgesehen. Ziel dieser letzten Phase wird die unwiderrufliche Festlegung der Paritäten zwischen den einzelnen Währungen und die Einführung des ECU als Einheitswährung sein. Weiter ist die Gründung eines europäischen Zentralbanksystems vorgesehen, das sowohl die europäische Zentralbank als auch die nationalen Zentralbanken umfassen soll.

Zu Beginn des Jahres 1994 erfüllte keines der Mitgliedsländer sämtliche im Vertrag von Maastricht festgelegten Konvergenzkriterien. Die Festlegung dieser Konvergenzkriterien ist nicht ganz unumstritten. Das erklärte Ziel des Systems der euro-

päischen Zentralbanken liegt in der Aufrechterhaltung der Preisstabilität. Der Vertrag von Maastricht überträgt den einzelnen Mitgliedstaaten die Verpflichtung, übermäßiger öffentlicher Verschuldung Einhalt zu gebieten. Haushaltspolitische Belange liegen jedoch weiterhin im Kompetenzbereich der Regierungen der einzelnen Mitgliedstaaten. Bei der Erstellung der Haushaltspläne kommen also nach wie vor hauptsächlich nationale Erwägungen zum Tragen, wie es bereits die europaweit zunehmenden Haushaltsdefizite verdeutlicht haben.



Zusammensetzung des ECU 1993

ECU-Wechselkurse 1991-1993

© Europages September 1994

2. EU-Beschäftigungspolitik: gesamtwirtschaftliche und regionale Bestrebungen

Die nach wie vor besorgniserregend hohen Arbeitslosenraten in den Ländern der europäischen Union haben die Kommission dazu veranlaßt, die 1992 beim EG-Gipfeltreffen in Edinburgh verabschiedete Idee einer *erneut aufzugreifen*. Da eine großangelegte europäische Anleihe nach wie vor umstritten bleibt, sind die Mittel auf globaler Ebene stark eingeschränkt. Die europäische Union ist daher bemüht, mittels spezieller Hilfsfonds regionale Beschäftigungspolitiken zu unterstützen.

Von einer globalen Politik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit...

Ende 1993 hat die europäische Kommission in einem Weißbuch zum Thema *eine Strategie zur Wiederbelebung der europäischen Wirtschaft befürwortet*, die eine Senkung der Arbeitslosenrate um 50% bis zum Jahr 2000 und die Schaffung von 15 Millionen Arbeitsplätzen zum Ziel hat. Doch um dem Anstieg der Arbeitslosenrate Einhalt zu gebieten, müßte ein Wachstum von mindestens 3% eintreten; Prognosen zufolge wird sich die Wachstumsrate jedoch lediglich zwischen 2 und 2,5% ansiedeln.

Beim EU-Gipfeltreffen in Brüssel 1993 haben die Zwölf beschlossen, während eines Zeitraums von 6 Jahren jährlich 20 Milliarden ECU für die in der EU geplanten Infrastrukturen in den Bereichen Verkehr, Energie und Telekommunikation aufzuwenden. Die Gesamtkosten der großflächigen Bautätigkeit werden mit 400 Milliarden ECU veranschlagt. Die Beschaffung dieser zusätzlichen Mittel durch Anleihen stößt jedoch keineswegs auf Einstimmigkeit.

In Europa verläuft trotz vergleichbarer Wachstums-verhältnisse die Schaffung von Arbeitsplätzen weniger erfolgreich als etwa in den Vereinigten Staaten oder Japan. Die Kommission vertritt diesbezüglich die Auffassung, lediglich ein arbeitsplatzintensives Wachstum führe zum Ziel. In diesem Sinne spricht sie sich für eine Umstrukturierung des Arbeitsmarktes und insbesondere für eine Senkung der Lohn- und Gehaltskosten aus, die sie als übermäßig hoch erachtet, vor allem im Bereich der unqualifizierten Arbeitskräfte. Die gesetzlichen Abgaben belaufen sich auf über 40% der Gesamtlohnkosten gegenüber 30% in den Vereinigten Staaten und 20% in Japan. Auch soll den EU-Ländern vorgeschlagen werden, die Lohnbesteuerung um ein bis zwei Prozentpunkte des BIP zu reduzieren.

Unter Annahme eines anhaltenden Rückgangs der Zinssätze, verstärkter Investitionstätigkeit und eines Dollaranstiegs besteht, so die europäische Kommission, die Hoffnung, daß in der Union nach einer Übergangsphase von 1993 bis 1996 erneut mit einem Wachstum von 3%, einer Arbeitslosenrate von 7% und einer tragbaren Verschuldung gerechnet werden kann.

... zur regionalen Förderung der Arbeitsplatzbeschaffung

Die Kommission vertritt nicht nur globale Strategien zur Arbeitsplatzbeschaffung, sondern befürwortet auch regionale Maßnahmen. Dabei setzt sie fest, welche Regionen Europas Anspruch auf die diversen Regionalförderungen haben. Insgesamt belaufen sich die regionalen Strukturfonds für 1994/95 auf 141 Milliarden ECU. Zusätzliche Ausgaben im Zuge einer eventuellen Erweiterung der EU sind dabei nicht berücksichtigt. Die Strukturfonds sollen in den kommenden sechs Jahren Regionen mit rückläufiger industrieller Entwicklung und ländlichen Gebieten zugute kommen.

Regionale Besonderheiten wirtschaftlicher und sozialer Natur erhalten dank der Schaffung eines Ausschusses der Regionen Europas seit April die ihnen zustehende Berücksichtigung. Die Einrichtung dieses beratenden Organs wurde bereits im Maastrichter Vertrag zur Europäischen Union explizit beschlossen, um eine Union zwischen den Völkern Europas herzustellen und möglichst bürgernahe Entscheidungen zu gewährleisten. Nach seinem Arbeitsantritt plante der Regionalausschuß eine Revision der Modalitäten zur Fondsvergabe, insbesondere unter dem Aspekt der Kohärenz der Regionen in den verschiedenen Ländern der Union.



Regionalförderung aus EU-Strukturfonds

Unterstützung bisheriger und neuer Mitgliedstaaten

© Europages September 1994

3. Die Erweiterung der Europäischen Union als Herausforderung zur Jahrtausendwende

1993 waren die Länder der europäischen Union bestrebt, Konvergenz- und Erweiterungspolitiken in Einklang zu bringen. Der in der Europäischen Einheitsakte von 1986 vorgesehene Binnenmarkt wurde im Januar 1993 vollendet. Der Maastrichter Vertrag zur Europäischen Union, der den Fahrplan für die Errichtung der Wirtschafts- und Währungsunion bis 1999 festlegt, ist am 1. Dezember 1993 in Kraft getreten. Am 1. Januar 1994 haben die EU und ein Großteil der Länder der europäischen Freihandelszone (EFTA) den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) geschaffen. Der im März erzielte Abschluß der Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und einigen EFTA-Staaten schließlich läßt ein Europa der Sechzehn für 1995 voraussehen.

Vom Europäischen Wirtschaftsraum...

Der am 1. Januar 1994 in Kraft getretene EWR-Vertrag sieht vor, daß 80% der die Vollendung des Binnenmarktes betreffenden Gesetze von den unterzeichnenden EFTA-Staaten übernommen werden. Insgesamt verfolgt dieses Abkommen drei Hauptziele: a) den freien Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital zur Förderung der Handelsbeziehungen zwischen den beiden Wirtschaftsräumen; b) die Ausdehnung der EU-Gesetzgebung im Bereich des Wettbewerbs auf die unterzeichnenden EFTA-Staaten mit dem Verbot von Absprachen, Mißbrauch von marktbeherrschenden Stellungen und wettbewerbsverzerrenden staatlichen Subventionen sowie die Öffnung des Dienstleistungssektors der EFTA für die europäische Konkurrenz; c) die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den beiden Wirtschaftsräumen in den Bereichen Umweltschutz, Forschung und Entwicklung, Bildung etc.

Andere grundlegende Politiken der EU wie etwa die gemeinsame Agrarpolitik (GAP), die Fischerei-, Handels-, Steuer- und Außenpolitik bleiben von diesem Vertrag jedoch ausgeschlossen. Beitrittswillige EFTA-Staaten müssen diese Politiken allerdings übernehmen.

... zum Europa der Sechzehn im Jahre 1995

Die Beitrittsverhandlungen mit einigen EFTA-Ländern (Österreich, Finnland, Schweden und Norwegen) haben bereits Anfang 1993 begonnen. Ende 1994 kam dann das Abkommen zwischen der EU und den beitrittswilligen Ländern zum Abschluß. Am 1. Januar 1995 dürfte es nach den Volksabstimmungen in den betreffenden Ländern (am 12. Juni in Österreich, am 16. Oktober in Finnland, am 13. November in Schweden und vom 27. bis zum 28. November in Norwegen) zur Erweiterung der EU kommen. Hinsichtlich Landwirtschaft, Regional- und Haushaltspolitik wurde eine Einigung erreicht.

Ende März 1994 konnte ein Abkommen über die institutionellen Probleme einer Erweiterung erzielt werden. Bis zur 1996 geplanten, grundlegenden institutionellen Reform bleibt die für die meisten Entscheidungen des Ministerrats erforderliche qualifizierte Mehrheit bei 70% aller Stimmen; die zur Blockierung von Entscheidungen erforderliche Minderheit von 23 von 76 Stimmen wird durch die Erweiterung auf 27 von 90 Stimmen im Europa der Sechzehn erhöht. Eine Ausnahme von dieser kategorischen Regelung ist dennoch vorgesehen, da der Vertrag verfügt, daß der Ministerrat seine Beratung während einer angemessenen Frist fortzusetzen hat, wenn die Gegner einer Entscheidung zwischen 23 und 26 Stimmen erhalten. Dieses Abkommen wurde gemeinsam mit dem Beitrittsverfahren der neuen Mitgliedstaaten am 4. Mai vom europäischen Parlament verabschiedet.

Im Agrarsektor ist beschlossen worden, daß die vier neuen Mitgliedsländer umgehend ihre oft über dem EU-Niveau liegenden Preise anzugleichen haben. Um jedoch dadurch entstehende Einkommenseinbußen zu kompensieren sind vorübergehende, degressive Subventionen vonseiten des Staates zulässig. Minderbegünstigte landwirtschaftliche Gebiete sollen aus EU-Mitteln gefördert werden. Zur Förderung der arktischen Regionen wird ein neues geschaffen, wobei die Ziele 1 und 6 nicht kumulierbar sind. Die Kosten dieses neuen Ziels dürften das EU-Budget jährlich mit 170 Millionen ECU belasten. Hinsichtlich der Teilnahme am EU-Budget schließen die Zwölf jegliche Sonderregelung aus.



**Einhaltung der Konvergenzkriterien in den beitragswilligen
Ländern 1992-1995**



Union der 16: Verteilung der Stimmen im Europarat

© Europages September 1994

4. Osteuropa: Partner Westeuropas

1994 steht im Zeichen zweier grundlegender Verbesserungen in Osteuropa, der positiven Entwicklung der Produktion und dem Rückgang der Inflation. Hinsichtlich der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zeichnet sich jedoch ein immer größerer Unterschied ab zwischen Rußland und den assoziierten unabhängigen Staaten einerseits und den Ländern Mitteleuropas, andererseits wo sich die Wirtschaft langsam erholt. Das unüberwindbare Handelsbilanzdefizit und die anhaltende Bedrohung durch die Arbeitslosigkeit veranlassen diese Länder, nach verstärkter Kooperation mit Westeuropa zu streben.

Verstärkte Integrationsbestrebungen des Ostens in Richtung Westen...

Osteuropa beabsichtigt nach wie vor eine verstärkte Zusammenarbeit mit den westeuropäischen Ländern. Die sukzessive Liberalisierung seines gesamten Außenhandels sowohl auf Import- als auch Exportseite bringt das Bestreben, an der europäischen wirtschaftlichen Integration teilzuhaben, wohl am besten zum Ausdruck und zeugt zugleich von einer zunehmenden Ausrichtung der Handelsbeziehungen auf Westeuropa.

Die osteuropäische Politik ist von Bemühungen gekennzeichnet, Investoren aus der westlichen Welt anzuziehen. 1992 waren die ausländischen Investitionen im Osten im Vergleich zum Vorjahr um ca. 3 Milliarden Dollar gestiegen. Die vorläufigen Zahlen für 1993 deuten auf einen vergleichbaren Anstieg hin. Flossen die ausländischen Investitionen anfänglich vor allem nach Ungarn, setzte 1992 in Polen und der Tschechischen Republik eine massive Investitionstätigkeit ein. Die positive Auswirkung dieser Investitionen auf Sektoren wie die Automobilindustrie oder das Hotelgewerbe zeichnen sich zumindest in Mitteleuropa (Ungarn, Polen, Tschechische Republik) immer deutlicher ab.

Die ausländische Investitionstätigkeit wird durch die von den meisten Ländern beschlossenen Privatisierungen begünstigt. So erwirtschaftete der Privatsektor in Ungarn 1993 bereits ca. 40% des BIP. In Polen lag dieser Anteil infolge verstärkter Bemühungen der Regierung, den Privatisierungsprozeß zu beschleunigen, bei ca. 45%. Die Regierung der Tschechischen Republik hatte Anfang und Ende 1993 große Privatisierungswellen eingeleitet, so daß sich nach Beendigung dieser beiden Aktionen 80% der ehemals staatlichen Produktion in privater Hand befinden dürften.

... bei einer schleppenden Konjunktur, die sich jedoch langsam erholt

Auch wenn sich die wirtschaftliche Situation in den Ländern Osteuropas verbessert hat, sind noch nicht alle Probleme überwunden. In Mittel- und Osteuropa hat der Produktionsrückgang 1993 im Vorjahresvergleich nachgelassen. Polen konnte im gleichen Jahr sogar ein Produktionswachstum verzeichnen, während sich die Produktion in der Tschechischen Republik 1993 auf ein gleichbleibendes Niveau eingependelt hat. Die Situation in Rußland, wo die Produktion 1993 um 15% zurückgegangen ist, bleibt jedoch weiterhin besorgniserregend. Nachdem der Rückgang in den vergangenen drei Jahren insgesamt bereits 50% erreicht hat, wird auch für 1994 eine weitere Abnahme um ca. 10% erwartet.

In den Visegrád-Ländern (Ungarn, Polen, Tschechische und Slowakische Republik) ist der Übergang zur Marktwirtschaft bereits beträchtlich fortgeschritten. Sind auch noch nicht sämtliche Störfaktoren wie etwa die steigende Arbeitslosigkeit ausgeschaltet, so konnte den größten Versorgungsschwierigkeiten ein Ende gesetzt werden; auch die Inflation hält sich in Grenzen. Polen konnte trotz der langwierigen und schweren Rezession 1993 ein Wachstum von 4% verzeichnen, die Sozialkosten blieben aber dennoch hoch. In der Tschechischen Republik hingegen haben sich die negativen Auswirkungen der Trennung von der Slowakei Ende 1992 spürbar gemacht. Ungarn, das sich für einen progressiven Übergang entschieden hat, dürfte 1994 langsam aus der Rezession herauskommen.

Für 1994 wird mit einem weiteren Nachlassen der Rezession gerechnet. Dennoch werden voraussichtlich lediglich Polen und die Tschechische Republik ein positives Wachstum verzeichnen können. In Polen könnte erneut das Vorjahresergebnis von ca. 4% erreicht werden. Angesichts der ungünstigen Haushaltslage und der unsicheren Außenhandelsbilanz scheint ein höheres Wachstum jedoch beinahe ausgeschlossen. In Ungarn und Rumänien dürfte sich das BIP stabilisieren. Die in Polen und Rumänien bereits

1993 spürbare Wiederbelebung des Agrarsektors wird sich 1994 voraussichtlich bestätigen.



Ausländische Direktinvestitionen in Osteuropa 1990 und 199



Außenhandel der osteuropäischen Länder 1992-1993



Makroökonomische Indikatoren für Osteuropa 1992-1995

© Europages September 1994

1. Die Investitionstätigkeit in den europäischen Ländern

In den Jahren 1992 und 1993 wirkten sich vor allem die schlechten Gewinn- und Nachfrageperspektiven sowie der eingeschränkte finanzielle Spielraum hemmend auf die Investitionen aus. Der sich 1994 bestätigende Aufschwung hat jedoch zu einem Wandel im Verhalten der Unternehmen geführt: Nach dem Abbau ihrer Lagerbestände fassen sie nun erneut Investitionen ins Auge.

Die unterschiedliche Investitionsentwicklung in den europäischen Ländern...

Die Investitionen der privaten Unternehmen gingen 1993 in den westeuropäischen Ländern rezessionsbedingt erneut zurück. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern waren aufgrund ihrer jeweiligen Position (Rezession und Aufschwung) im Konjunkturzyklus sehr ausgeprägt. So stiegen die Investitionen 1993 in Großbritannien und Norwegen wieder an, während sie in Ländern, in denen die Rezession erst spät eingesetzt hatte (Deutschland, Niederlande, Italien und Spanien), ihren Tiefpunkt erreichten. In Dänemark, der Schweiz und auch Frankreich ließ der verlangsamte Investitionsrückgang auf eine raschere Erholung der Lage im Jahre 1994 hoffen.

1993 hat das Investitionsvolumen der Unternehmen in den EU-Ländern insgesamt um 12% abgenommen. Der Aufschwung des Jahres 1994 wird sich nur in einer geringfügigen Zunahme der Investitionen niederschlagen, da die Produktionskapazitäten bei weitem nicht ausgelastet sind und die Unternehmen vor einer Erhöhung des Produktionsstempos zunächst großflächige Lagerauflösungen vorgenommen haben. Anfang 1994 stieg der Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten von 77,4% im letzten Quartal des Vorjahres auf 78,3% an. Diese Zunahme im ersten Quartal 1994 schien das Ende des Abwärtstrends zu bestätigen; gleichzeitig beschlossen die Unternehmer, ihre Produktionsaktivität zu verstärken, was sich jedoch erst in einiger Zeit auf die Entwicklung der Investitionstätigkeit auswirken dürfte.

...gefolgt 1994 und 1995 von einem Aufschwung in ganz Europa

Mit der zunehmenden Wirtschaftsaktivität bessern die Unternehmen 1994 ihre Bilanzen auf und bauen ihre Investitionskapazitäten durch Umwandlung von Bankschulden in Eigenkapital aus. Somit verbessern sich ihre Investitionsaussichten. Diese Neubelebung tritt zunächst in den Ländern ein, die als erste die Rezession durchlaufen haben und mittlerweile einen deutlichen Nachfrageanstieg verzeichnen. Darüber hinaus dürften die Investitionen der Privatunternehmen auch durch die sinkenden Effektivzinsen und die vermehrte Bereitstellung öffentlicher Mittel zur Investitionsförderung angeregt werden.



Kapitalertrag der Unternehmen in Westeuropa 1992-1995

2. Die finanzielle Situation der europäischen Unternehmen in der abklingenden Rezession

Die Unternehmensverschuldung erreichte in Europa zwischen 1990 und 1992 ihren Höhepunkt und ging ab 1993 leicht zurück. Dabei war die Senkung der Effektivzinsen einer der wichtigsten Faktoren für die Verbesserung der Liquiditätslage im privaten Sektor, insbesondere in Ländern wie Frankreich, Deutschland und Belgien, wo die Fremdfinanzierung überwiegend über Banken oder andere Finanzinstitute und weniger durch die Ausgabe von Wertpapieren (Effekte mit kurzer Laufzeit, Obligationen) getätigt wird.

Eine allmähliche Erweiterung des finanziellen Spielraums...

Die im Verhältnis zu den 80er Jahren immer noch beträchtlichen Verschuldungsquoten gehen langsam zurück. Aufgrund des ursprünglichen Ausmaßes der Unternehmensverschuldung ist die Wirtschaft in Europa immer noch stark von Zinsschwankungen abhängig. Um einen andauernden Aufschwung zu gewährleisten, müssten die Effektivzinsen niedriger sein als in den vorangegangenen Konjunkturzyklen.

Die europäischen Finanzplätze dürfen 1994 nicht nur mit einer Zunahme der Privatisierungen sondern auch mit zahlreichen Kapitalerhöhungen rechnen, da die Unternehmen aufgrund der günstigen Lage an den Börsen und auf den Obligationenmärkten zwecks Umstrukturierung ihrer Bilanzen verstärkt auf Wertpapierkapital zurückgreifen. Die Vereinigten Staaten sind in dieser Hinsicht ein Musterbeispiel. Hinsichtlich Zinspolitik und Wertpapiermärkten sind die USA Europa deutlich voraus. So war das amerikanische Wachstum 1993 von niedrigen kurzfristigen Zinsen und einer Verlagerung von kurzfristigen Spargeldern zu langfristigen Investitionen gekennzeichnet. Die Hausse an der Börse hielt an, und die Unternehmen wandten sich massiv an die Anleger. In Europa dürften sowohl die Zinssenkungen als auch die Verbesserung der Unternehmensergebnisse zu einer ähnlichen Entwicklung und somit zu einem Anstieg des Börsenkapitals führen.

...bei weiterhin unsicheren Wettbewerbspositionen

Die seit 1993 andauernde europaweite Diskussion über die Wettbewerbsfähigkeit hat die Dringlichkeit einer Senkung der Lohn- und Gehalts- sowie anderer Unternehmenskosten aufgezeigt. Die Aussichten diesbezüglich sind positiv, da 1993 in zahlreichen europäischen Ländern ein Rückgang der Lohnkosten verzeichnet werden konnte.

Der Abwertung einiger europäischer Währungen sowie hohe arbeitsgebundene Sozialleistungen haben auch innerhalb der EU zu einem großen Wettbewerbsfähigkeitsgefälle geführt. In Ländern wie Deutschland und Frankreich läßt die Konkurrenzfähigkeit in zahlreichen Sektoren sehr zu wünschen übrig. Durch die zunehmende Konkurrenz aus Ost-europa und Asien verschärft sich diese Situation noch. Die europäischen Unternehmen bemühen sich, ihre Kosten durch Produktionsrationalisierungen und Arbeitsplatzkürzungen zu senken. Auch die Suche nach eventuellen Möglichkeiten der Produktionsauslagerung gehört zu den neuen Strategien. Einige europäische Unternehmen (z.B. deutsche Klein- und Mittelbetriebe) vergeben bereits verstärkt Zulieferaufträge und lagern die Produktion von Standardprodukten nach Osteuropa aus.



**Indizes der relativen Lohnkosten in der westeuropäischen Industrie
1992-1995**



Exportpreise für Industrieerzeugnisse in Westeuropa 1992-1995

3. Direktinvestitionen und Strategien europäischer Unternehmen auf internationaler Ebene

Nach einer Phase des intensiven Wachstums von 1985 bis 1990 ist die internationale Investitionstätigkeit zwischen 1990 und 1992 stark zurückgegangen. Zudem haben Konzentrations-, Fusions- und Aufkaufbestrebungen in der Fertigungsindustrie überall mit Ausnahme der neuen deutschen Bundesländer nachgelassen. Wie schon im Vorjahr wird auch 1994 mit einer Zunahme der Direktinvestitionen auf internationaler Ebene gerechnet.

1994: Wiederbelebung der internationalen Investitionstätigkeit...

1992 sind die internationalen Investitionen in Europa zurückgegangen. Bei den japanischen Investitionen wurde ein besonders hoher Rückgang von 25% verzeichnet. Aufgrund der Rezession in Japan und Europa, der Gewinneinbußen sowie der beträchtlichen Kostenerhöhung bei der Kapitalbeschaffung war Rentabilität die höchste Priorität der japanischen Unternehmer; sie verlagerten daher ihre Produktion verstärkt in asiatische Länder wie China und die Mitgliedstaaten der ASEAN anstatt nach Europa. In gleichem Ausmaß haben sich auch europäische Investitionen im Ausland verringert. Der seit 1990 anhaltende Rückgang der westeuropäischen Investitionstätigkeit im Ausland ist vor allem auf die starke Abnahme der Investitionen auf dem US-Markt zurückzuführen.

Für 1994 wird mit einer Zunahme der internationalen Investitionstätigkeit gerechnet. Als Hauptgründe können dafür der Aufschwung in den USA und Großbritannien, die Privatisierungswelle in Europa und die erneute Tätigkeitsaufnahme der bedeutendsten internationalen Investoren angeführt werden. 1993 tätigten die Vereinigten Staaten und Großbritannien 36% aller Direktinvestitionen im Ausland. Infolge des Aufschwungs verfügten die Investoren dieser Länder erneut über das nötige Kapital, international tätig zu werden.

1994 setzt sich die Privatisierungswelle des Vorjahrs sowohl in Ost- und Westeuropa als auch in den Entwicklungsländern verstärkt fort. Diese Privatisierungen werden zu beträchtlichen internationalen Direktinvestitionen führen.

... bei starker Zunahme der Investitionen im asiatischen Raum

Der Anstieg der internationalen Investitionstätigkeit kommt 1994 verstärkt den Gebieten außerhalb der Industrieländer zugute. So wurden 1993 nahezu 40% der Investitionen in Entwicklungsländern getätigt, gegenüber lediglich 20% in den 80er Jahren.

Vor allem die südostasiatischen Länder, deren starkes Wachstum sich 1994 mit einem Anstieg zwischen 7 und 8% erneut bestätigen dürfte, bieten starke Anreize für ausländische Investoren. Treibende Kraft dieser Entwicklung bleibt weiterhin China mit einer voraussichtlichen Wachstumsrate von rund 12% im Jahre 1994 und einer noch stärkeren Zunahme seines Außenhandels. Das Land wird somit zum Anziehungspunkt für internationale Investoren, insbesondere aus dem europäischen Raum, die dort nicht nur die Vorteile eines umfangreichen Marktes, sondern auch Voraussetzungen für die kostengünstige Fabrikation von Standardprodukten vorfinden. Die Gefahr einer eventuellen inflationistischen Überhitzung in China sowie die geringe Arbeitsproduktivität könnten jedoch die Investitionsbereitschaft beeinträchtigen.



Wachstum des Investitionsvolumens der westeuropäischen Unternehmen 1992-1995

4. Die Strategien europäischer Unternehmen angesichts der EU-Institutionen

Innerhalb nur weniger Jahre konnte sich das Lobbying europäischer Unternehmen in den EU-Instanzen durchsetzen. Ziel dieser Interessenvertretung ist die optimale Beteiligung der Unternehmen an den europäischen Programmen, zum Beispiel im Bereich der Forschung und Entwicklung.

Vom Lobbying der Unternehmen in der EU...

Großunternehmen machen von der Vertretungsinstanz durch die Schaffung eigens dafür eingerichteter Stellen Gebrauch, während Klein- und Mittelbetriebe auf Beratungsorganisationen und Consultingunternehmen zurückgreifen. Ihr Wirken dient vorrangig der Überwachung der den Binnenmarkt betreffenden Texte und Richtlinien, der Hilfestellung bei der Vergabe von Aufträgen und Subventionen auf EU-Ebene sowie der Möglichkeit, technische Änderungsanträge im jeweiligen Tätigkeitsbereich der Unternehmen beim europäischen Parlament vorzubringen.

Die für den Zeitraum von 1994 bis 1998 im Rahmen von über 150 verschiedenen Programmen erteilten Subventionen für Unternehmen seitens der Europäischen Kommission werden mit 48 Milliarden ECU veranschlagt. Die Consultingfirmen stellen auf dieser Grundlage Beschreibungen der EU-Programme sowie eine Reihe von Empfehlungen zum Ablauf der einzelnen Programme zur Verfügung. Klein- und Mittelbetriebe haben die Möglichkeit, Texte über ihren Tätigkeitsbereich durch diese Consultingfirmen überprüfen zu lassen und erhalten Hilfestellung sowohl in bezug auf die öffentlichen Ausschreibungen aus Brüssel als auch hinsichtlich der von der Kommission finanzierten Programme. Dabei erweisen sich die Chancen für diese Betriebe als besonders gut, da die Kommission bestrebt ist, die Beteiligung der Klein- und Mittelbetriebe an europäischen Programmen zu fördern. Dies betrifft zum Beispiel die öffentlichen Ausschreibungen oder das 4. Rahmenprogramm zur Forschung und Entwicklung, das im Zeitraum von 1994 bis 1998 Ausgaben in Höhe von insgesamt 12 Milliarden ECU vorsieht und zahlreiche Projekte vor allem in den Bereichen Informatik, Medizin und Telekommunikation beinhaltet. Am besten wissen die englischen Unternehmen sich dieses System zur Vertretung ihrer Interessen zunutze zu machen, gefolgt von den irischen, italienischen und niederländischen Betrieben. Inzwischen werden sich zunehmend deutsche und französische Unternehmen der Wichtigkeit einer Interessenvertretung in Brüssel bewußt.

Hinsichtlich des Lobbying hat das europäische Parlament im Mai 1994 die mögliche Art der Beziehungen zwischen den europäischen Institutionen und den ca. 3000 Interessenverbänden, die insgesamt über 10 000 Personen vertreten, diskutiert. Dabei ist man in Brüssel und Straßburg bemüht, die Interessenvertreter dazu zu bewegen, sich in ein öffentliches Register einzutragen und sich an eine festzulegende Regelung ihrer Rechte und Pflichten zu halten.

... zur partnerschaftlichen Unterstützung bei Forschungs- und Entwicklungsprogrammen

Im Dezember 1993 haben die Staats- und Regierungschefs der europäischen Union die Dotierung des vierten Forschungs- und Entwicklungsprogramms (1994-1998) mit 12 Milliarden ECU beschlossen. Mit einer zusätzlichen Reserve von 1 Milliarde ECU stellt das Budget so 4% des gesamten EU-Forschungsaufwandes dar. Der Kommission zufolge soll diese Unterstützung nach wie vor hauptsächlich den bereichsübergreifenden Technologien zugute kommen und eine sektorenspezifische Vergabe der Förderungen nach Möglichkeit vermieden werden.

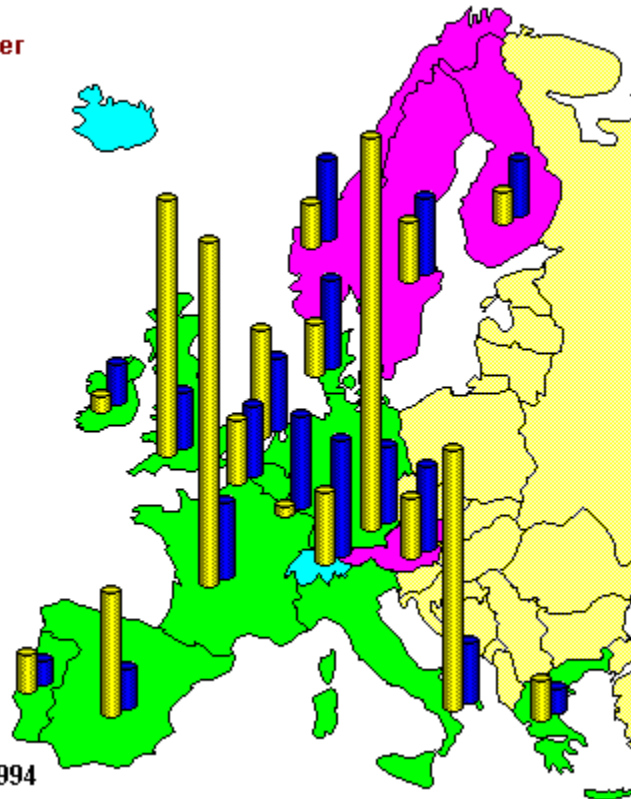
Die Informationstechnologie (Elektronik, Informatik und Telekommunikation) stellt den größten Teil dieses Förderungsprogrammes dar. Dabei geht es hauptsächlich um die Steigerung der Effizienz der EU-Programme sowie ihres Einflusses auf die industrielle Wettbewerbsfähigkeit Europas. Das Bestreben, diese Mittel hauptsächlich zur Förderung allgemeiner, bereichsübergreifender, wettbewerbsunabhängiger Forschung aufzuwenden, stößt auf den Druck der Industrie, die für sektorenspezifischere Forschung zum Beispiel im Automobilbereich plädiert. Trotz dieses beträchtlichen Aufwands (das vorhergehende Programm war mit nur 6,6 Milliarden ECU dotiert), wendet die EU insgesamt nur 2% ihres BSP für Forschungszwecke auf, gegenüber 2,8% in den Vereinigten Staaten und 3% in Japan.

Schlußfolgerung

Nach der schweren Rezession Anfang der 90er Jahre zeichnet sich 1994 in Europa wieder ein wirtschaftlicher Aufschwung ab. Man hofft auf eine erfolgreiche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit; die Vereinigten Staaten und in geringerem Ausmaß auch Großbritannien sind bereits auf dem richtigen Weg. Die positive Entwicklung wird sich allerdings nur bestätigen, wenn ein kräftiger Aufschwung mit einem Wachstum von mindestens 3% jährlich einsetzt. Für 1995 wird eine Stabilisierung der Lage am Arbeitsmarkt erwartet. Der Aufschwung setzt jedoch nur zögernd ein und ist je nach Land stark unterschiedlich ausgeprägt. Dadurch kommt es nicht zum Beschleunigungseffekt, den eine in allen Ländern parallel verlaufende Aufschwungsentwicklung mit sich gebracht hätte. Der Aufschwung wird darüber hinaus durch die Notwendigkeit, die stark angestiegenen Haushaltsdefizite zu reduzieren, abgeschwächt. Ob die Rückkehr zu einem ausgewogenen Wachstum gelingt, hängt in entscheidendem Ausmaß von der gemeinsamen Unionspolitik in bezug auf den Aufschwung in den nächsten zwei Jahren ab.

© Europages September 1994

**BIP und BIP pro Einwohner
in Westeuropa 1993**



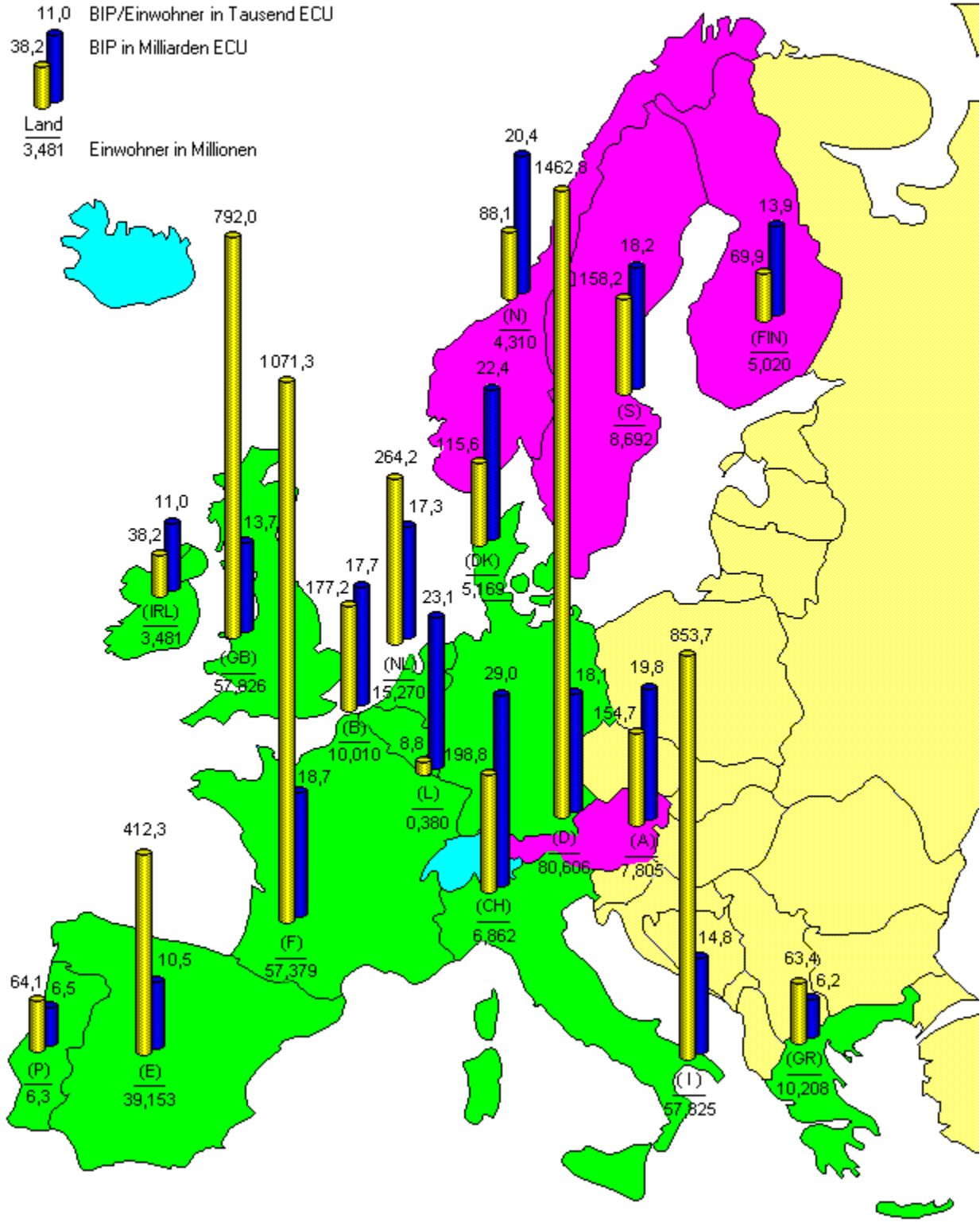
© Europages September 1994

Quelle: OECD

BIP und BIP pro Einwohner in Westeuropa 1993

- EU-Mitglieder
- Neue EU-Mitglieder
- EFTA-Mitglieder

11,0 BIP/Einwohner in Tausend ECU
 38,2 BIP in Milliarden ECU
 Land
 3,481 Einwohner in Millionen

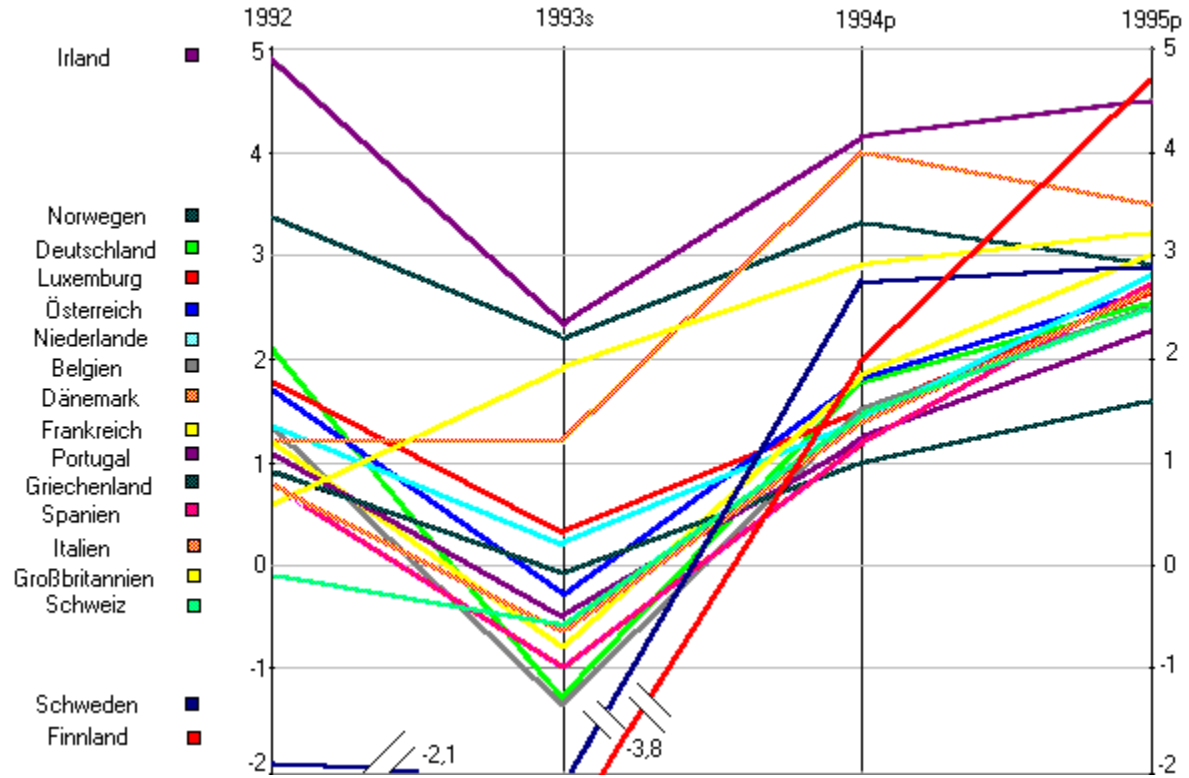


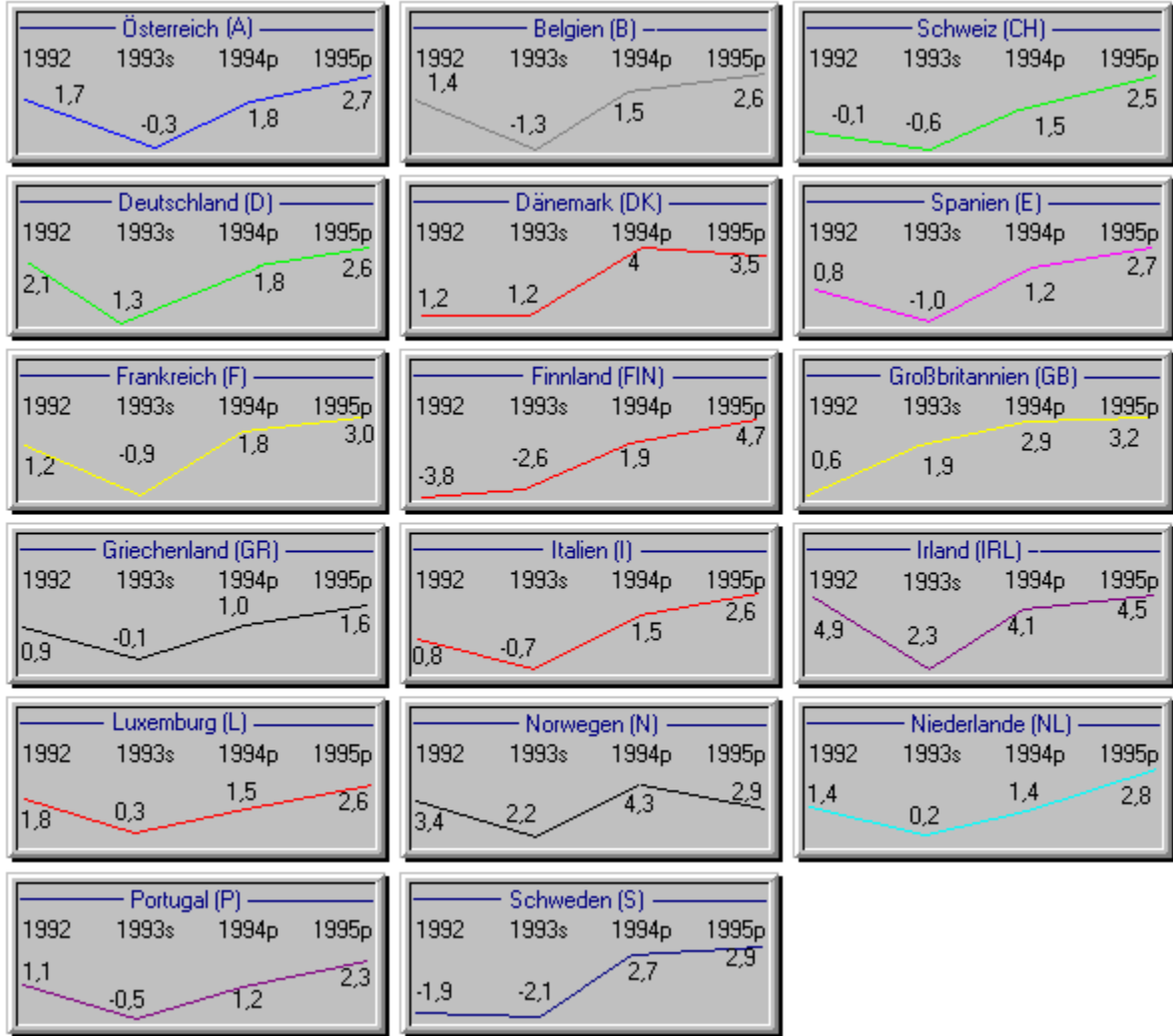
Quelle: OECD

© Europages September 1994

BIP-Wachstum in Westeuropa 1992-1995

%-Wachstum
im Vergleich zum
Vorjahr

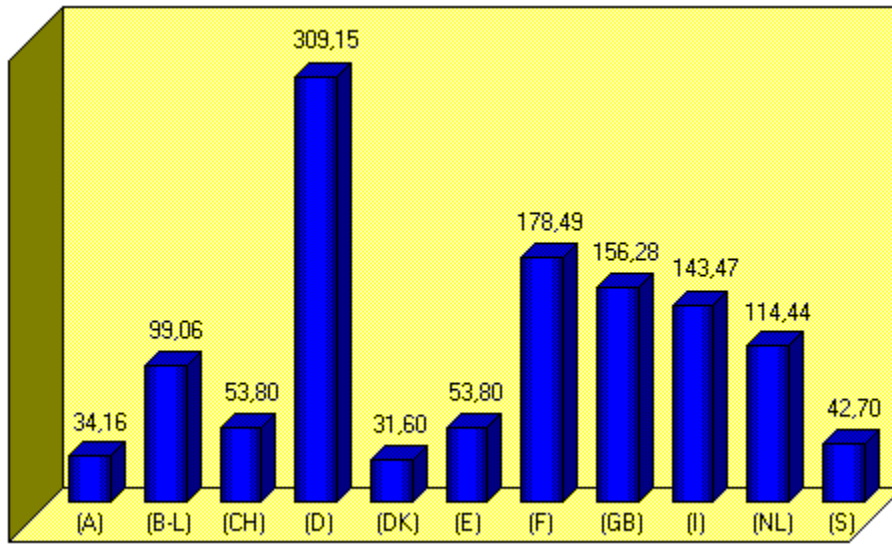




s: Schätzungen
 p: Prognosen
 Quelle: OECD, Juni 1994

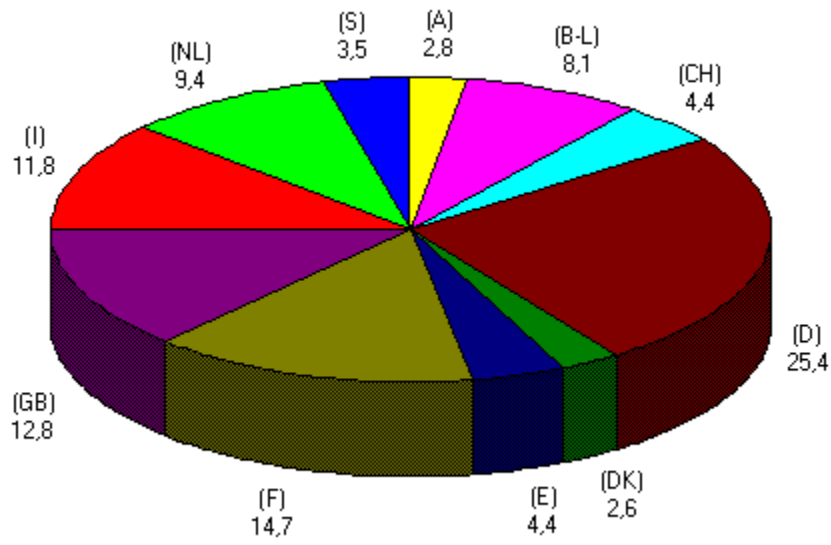
Führende Import- und Exportländer in Westeuropa 1993: Exporte

(in Milliarden ECU)



F.O.B.-Werte
Quelle: GATT, März 1994

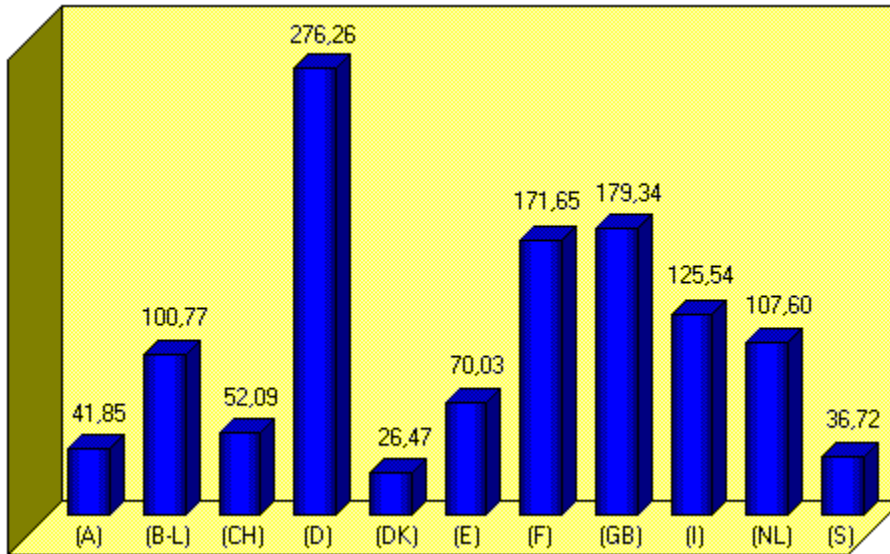
Führende Import- und Exportländer in Westeuropa 1993
%-Anteil der Länder am Gesamtexport



Quelle: GATT, März 1994

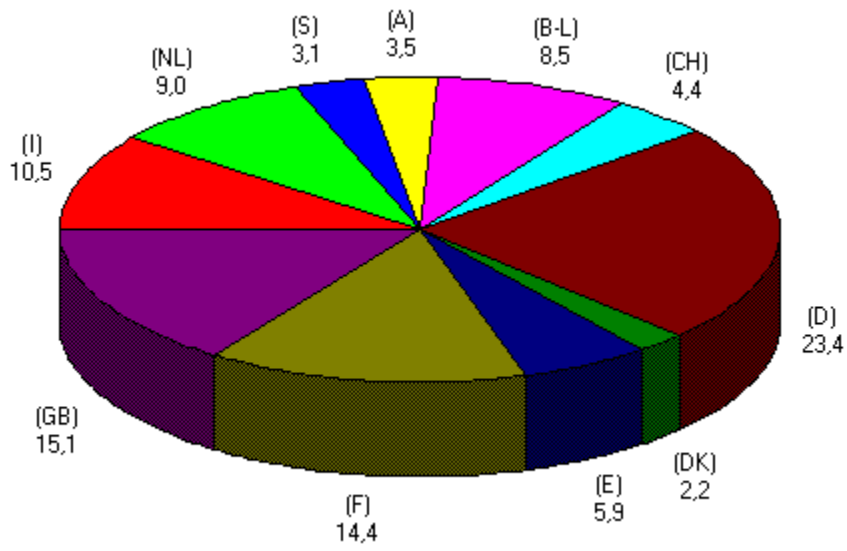
Führende Import- und Exportländer in Westeuropa 1993 : Importe

(in Milliarden ECU)



C.I.F.-Werte
Quelle: GATT, März 1994

Führende Import- und Exportländer in Westeuropa 1993
%-Anteil der Länder am Gesamtimport



Quelle: GATT, März 1994

Arbeitslosigkeit in Westeuropa 1992-1995

(% der Erwerbsfähigen)	1992	1993s	1994p	1995p
Österreich (A)	3,6	4,2	4,5	4,6
Belgien (B)	10,3	12,0	12,8	12,7
Schweiz (CH)	2,5	4,5	4,5	3,8
Deutschland (D)	7,7	8,9	10,0	10,0
Dänemark (DK)	11,2	12,2	11,0	10,5
Spanien (E)	18,4	22,7	24,5	24,4
Frankreich (F)	10,4	11,7	12,3	12,2
Finnland (FIN)	13,1	17,9	18,5	17,7
Großbritannien (GB)	10,0	10,4	9,6	8,9
Griechenland (GR)	8,7	9,8	10,7	11,0
Italien (I)*	11,6	10,5	11,7	11,9
Irland (IRL)	16,4	16,6	15,7	15,4
Luxemburg (L)	1,6	2,1	2,7	2,5
Norwegen (N)	5,9	6,0	5,6	5,2
Niederlande (NL)	6,7	8,1	9,8	9,5
Portugal (P)	4,2	5,5	6,4	7,0
Schweden (S)	4,9	7,8	7,6	7,4

* Nach 1992 beruhen die Angaben auf anderen Daten und können somit nicht mit den vorhergehenden Angaben verglichen werden.

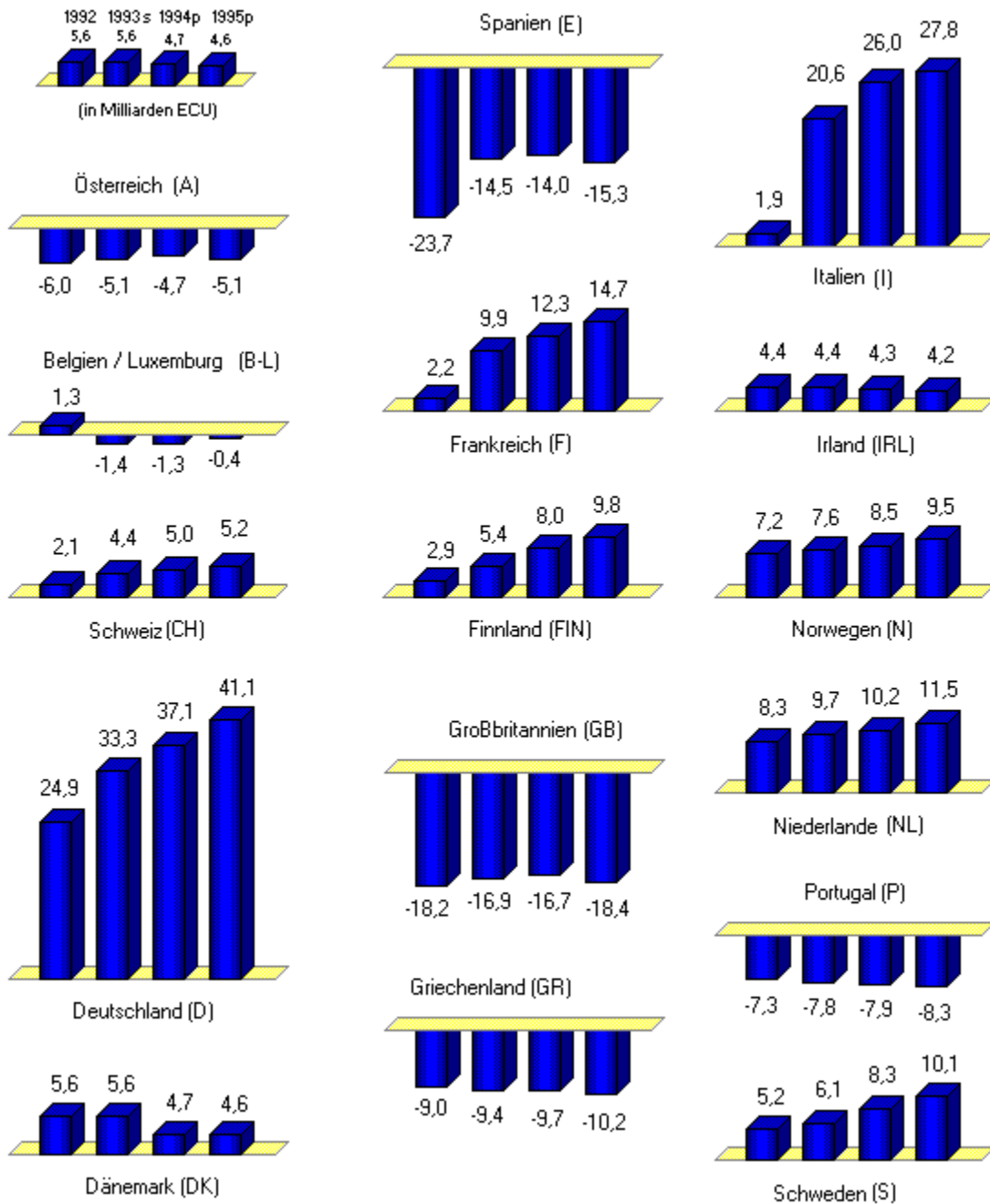
s: Schätzungen

p: Prognosen

Quelle: OECD, Juni 1994

Handelsbilanz in Westeuropa 1992-1995

(in Milliarden ECU)



s: Schätzungen
 p: Prognosen
 Quelle: OECD, Dezember 1993

© Europages September 1994

Haushaltsdefizite in Westeuropa 1992-1995

(%-Anteil der Nettoverschuldung der öffentlichen Verwaltungen am nominalen BIP)	1992	1993s	1994p	1995p
Österreich (A)	-2,0	-2,9	-3,8	-3,3
Belgien (B)	-6,8	-7,0	-6,1	-5,3
Deutschland (D)	-2,6	-4,0	-3,5	-2,7
Dänemark (DK)	-2,5	-4,3	-5,1	-4,3
Spanien (E)	-4,5	-7,2	-7,0	-5,9
Frankreich (F)	-3,9	-6,0	-6,0	-5,8
Finnland (FIN)	-6,1	-9,1	-6,2	-5,2
Großbritannien (GB)	-6,2	-8,2	-7,4	-6,7
Griechenland (GR)	-11,1	-14,8	-15,7	-14,9
Italien (I)	-9,5	-9,7	-8,7	-7,3
Irland (IRL)	-2,6	-3,2	-3,2	-2,8
Norwegen (N)	-2,8	-3,2	-3,2	-2,7
Niederlande (NL)	-3,5	-4,1	-4,3	-3,8
Portugal (P)	-4,6	-8,2	-6,9	-6,1
Schweden (S)	-7,1	-14,7	-13,6	-12,1
Konvergenzkriterien im Maastrichter Vertrag	-3,0	-3,0	-3,0	-3,0

s: Schätzungen

p: Prognosen

Quelle: OECD, Dezember 1993

© Europages September 1994

Entwicklung der Inflationsraten in Westeuropa 1992-1995

(implizite Indizes der Verbraucherpreise, %- Wachstum im Vergleich zum Vorjahr)	1992	1993s	1994p	1995p
Österreich (A)	4,2	3,7	2,8	2,5
Belgien (B)	2,4	2,7	2,4	2,1
Schweiz (CH)	4,1	3,3	1,8	2,0
Deutschland (D)	4,7	4,1	3,2	1,9
Dänemark (DK)	1,9	1,1	2,5	2,3
Spanien (E)	6,5	4,8	4,1	2,9
Frankreich (F)	2,4	2,3	1,9	1,5
Finnland (FIN)	3,9	3,0	2,0	2,0
Großbritannien (GB)	5,0	3,5	3,4	3,3
Griechenland (GR)	14,6	14,1	10,8	8,5
Italien (I)	5,4	4,5	4,1	3,0
Irland (IRL)	2,6	2,2	3,5	3,6
Luxemburg (L)	2,8	3,5	3,0	2,5
Norwegen (N)	2,6	2,3	1,9	2,2
Niederlande (NL)	3,0	2,0	2,2	2,0
Portugal (P)	9,4	6,3	5,3	4,8
Schweden (S)	2,5	5,2	3,5	3,0
Konvergenzkriterien imMaastrichter Vertrag*	3,7	3,3	3,7	3,3

*Die Inflationsrate eines Landes darf den Durchschnittswert der drei Länder mit der niedrigsten Rate nicht um mehr als 1,5% überschreiten. Dieser Wert ist unausgeglichen, denn in den Verträgen sind keine Gewichtungskriterien festgelegt.

s: Schätzungen

p: Prognosen

Quelle: OECD, Dezember 1993



Graphik

Öffentliche Verschuldung in Westeuropa 1992-1995

(%-Anteil am nominalen BIP)	1992	1993s	1994p	1995p
Österreich (A)	55,8	57,0	58,6	59,2
Belgien (B)	136,0	141,6	144,6	144,8
Deutschland (D)	42,8	46,2	50,8	60,0
Dänemark (DK)	62,4	66,2	69,7	72,1
Spanien (E)	51,4	57,4	62,6	66,0
Frankreich (F)	51,6	57,1	62,1	66,3
Finnland (FIN)	44,0	60,0	66,1	70,9
Großbritannien (GB)	40,5	47,3	52,3	56,4
Griechenland (GR)	94,6	98,4	103,7	108,5
Italien (I)	108,0	114,0	116,5	118,0
Irland (IRL)	93,8	92,1	89,6	87,0
Norwegen (N)	43,4	47,2	51,0	54,2
Niederlande (NL)	78,0	80,6	81,9	82,8
Portugal (P)	62,6	67,6	70,2	71,4
Schweden (S)	52,9	67,6	80,5	91,2
Konvergenzkriterien im Maastrichter Vertrag	60,0	60,0	60,0	60,0

p: Prognosen

s: Schätzungen

Quelle: OECD, Dezember 1993

Kurzfristige Zinssätze in Westeuropa 1992-1995

	1992	1993s	1994p	1995p
Österreich (A)	9,3	7,2	4,9	3,8
Belgien (B)	9,4	8,5	6,2	4,0
Schweiz (CH)	7,2	4,3	3,2	2,8
Deutschland (D)	9,5	7,3	5,0	3,8
Dänemark (DK)	11,7	10,4	6,5	4,8
Spanien (E)	13,3	12,3	8,9	7,3
Frankreich (F)	10,3	8,5	5,0	3,9
Finnland (FIN)	12,5	7,8	5,8	5,5
Großbritannien (GB)	9,6	6,0	5,5	5,7
Italien (I)	14,4	10,6	7,9	7,2
Irland (IRL)	10,1	8,3	6,0	4,9
Norwegen (N)	12,9	7,9	4,8	4,3
Niederlande (NL)	9,4	6,9	4,7	3,6
Schweden (S)	12,9	8,4	6,6	6,1

s: Schätzungen

p: Prognosen

Quelle: OECD, Dezember 1993



Graphik

Langfristige Zinssätze in Westeuropa 1992-1995

	1992	1993s	1994p	1995p
Österreich (A)	8,3	6,6	5,7	5,5
Belgien (B)	8,7	7,2	6,4	6,0
Schweiz (CH)	6,4	4,6	4,0	4,0
Deutschland (D)	7,9	6,5	5,7	5,5
Dänemark (DK)	9,0	7,2	6,1	6,0
Spanien (E)	12,6	10,5	8,5	7,6
Frankreich (F)	9,0	7,0	5,7	5,50
Finnland (FIN)	13,8	10,0	8,5	8,0
Großbritannien (GB)	9,1	7,6	6,7	6,7
Italien (I)	13,7	11,3	8,7	8,2
Irland (IRL)	9,1	8,1	7,6	7,5
Norwegen (N)	9,6	6,9	5,5	5,5
Niederlande (NL)	8,1	6,5	5,6	5,4
Schweden (S)	10,4	8,8	8,0	7,8
Konvergenzkriterien im Maastrichter Vertrag*	10,9	9,3	7,9	7,5

* Der langfristige Zinssatz eines Landes darf nicht mehr als 2% vom Durchschnittssatz der drei Länder mit der niedrigsten Inflation abweichen. Dieser Wert ist unausgeglichen, da in den Verträgen keine Gewichtungskriterien festgelegt sind.

s: Schätzungen

p: Prognosen

Quelle: OECD, Dezember 1993



Graphik

Zusammensetzung des ECU 1993

	Währung	Betrag*	(%-Anteil der Währungen)**
Belgien (B)	BEF	3,301	8,42 (1)
Deutschland (D)	DEM	0,624	32,49
Dänemark (DK)	DKK	0,198	2,52
Spanien (E)	PTA	6,885	4,38
Frankreich (F)	FRF	1,332	19,81
Großbritannien (GB)	GBP	0,088	11,56 (2)
Griechenland (GR)	GDR	1,440	0,53 (2)
Italien (I)	LIT	151,8	8,36 (2)
Irland (IRL)	IEP	0,086	1,05
Luxemburg (L)	LFR	0,130	8,42 (1)
Niederlande (NL)	NLG	0,220	10,17
Portugal (P)	ESC	1,393	0,71

(1) Belgischer und Luxemburgischer Franc, (2) Nicht im EWS

* in Landeswährung, ** August 1993

Quelle: Kommission der EU



Graphik

© Europages September 1994

ECU-Wechselkurse 1991-1993

(1 ECU in Landeswährung*)		1991	1992	1993
Österreich (A)	Österreichischer Schilling (ATS)	14,43	14,22	13,62
Belgien-Luxemburg (B-L)	Belgischer/Luxemburgischer Franc (BEF-LFR)	42,22	41,59	40,47
Schweiz (CH)	Schweizer Franken (CHF)	1,773	1,819	1,730
Deutschland (D)	Deutsche Mark (DEM)	2,051	2,021	1,936
Dänemark (DK)	Dänische Krone (DKK)	7,909	7,811	7,590
Spanien (E)	Peseta (PTA)	128,5	132,5	148,9
Frankreich (F)	Französischer Franc (FRF)	6,973	6,849	6,630
Finnland (FIN)	Finnmark (FIM)	4,998	5,803	6,699
Großbritannien (GB)	Pfund Sterling (GBP)	0,701	0,737	0,780
Griechenland (GR)	Drachme (GDR)	225,0	246,4	268,3
Italien (I)	Lira (LIT)	1534	1594	1841
Irland (IRL)	Irishes Pfund (IEP)	0,769	0,761	0,800
Norwegen (N)	Norwegische Krone (NOK)	8,012	8,039	8,304
Niederlande (NL)	Gulden (NLG)	2,311	2,274	2,174
Portugal (P)	Escudo (ESC)	178,4	174,4	188,7
Schweden (S)	Schwedische Krone (SEK)	7,472	7,534	9,116

* Jahresdurchschnitt

Quelle: OECD, Februar 1994 oder EUROSTAT

Makroökonomische Indikatoren für Osteuropa 1992-1995

	Arbeitslosigkeit*				Inflation**			reales BIP***				
	1992	1993	1994	1995	1992	1993s	1994	1995	1992	1993	1994	1995
		s	p	p			p	p		s	p	p
Bulgarien (BG)	15,6	17,0	17,0	16,0	71,0	60,0	45,0	35,0	-7,7	-4,0	-1,0	2,0
Tschechische Republik (CZ)	2,6	4,0	8,0	8,0	11,1	21,0	11,0	10,0	-7,1	0,0	2,0	5,0
Ungarn (H)	12,3	13,0	13,0	12,0	23,0	23,0	20,0	20,0	-5,0	-1,0	2,0	1,0
Polen (PL)	15,0	17,0	16,0	14,0	43,0	40,0	35,0	30,0	1,0	3,0	4,0	3,0
Rumänien (RO)	6,2	9,0	15,0	15,0	210,0	275,0	100,0	50,0	-15,4	-4,0	-3,0	0,0
Rußland (RUS)	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	1 500,0	900,0	n.v.	n.v.	-19,0	-11,0	-9,0	1,0
Slowakische Republik (SK)	10,4	15,0	18,0	18,0	10,0	25,0	20,0	15,0	-7,5	-5,0	0,0	2,0
Ukraine (UA)	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	1 400,0	4 000,0	n.v.	n.v.	-14,0	-20,0	-10,0	0,0

* % der erwerbsfähigen Bevölkerung

** %-Anstieg der durchschnittlichen Verbraucherpreise im Vergleich zum Vorjahr

*** %-Zuwachs im Vergleich zum Vorjahr

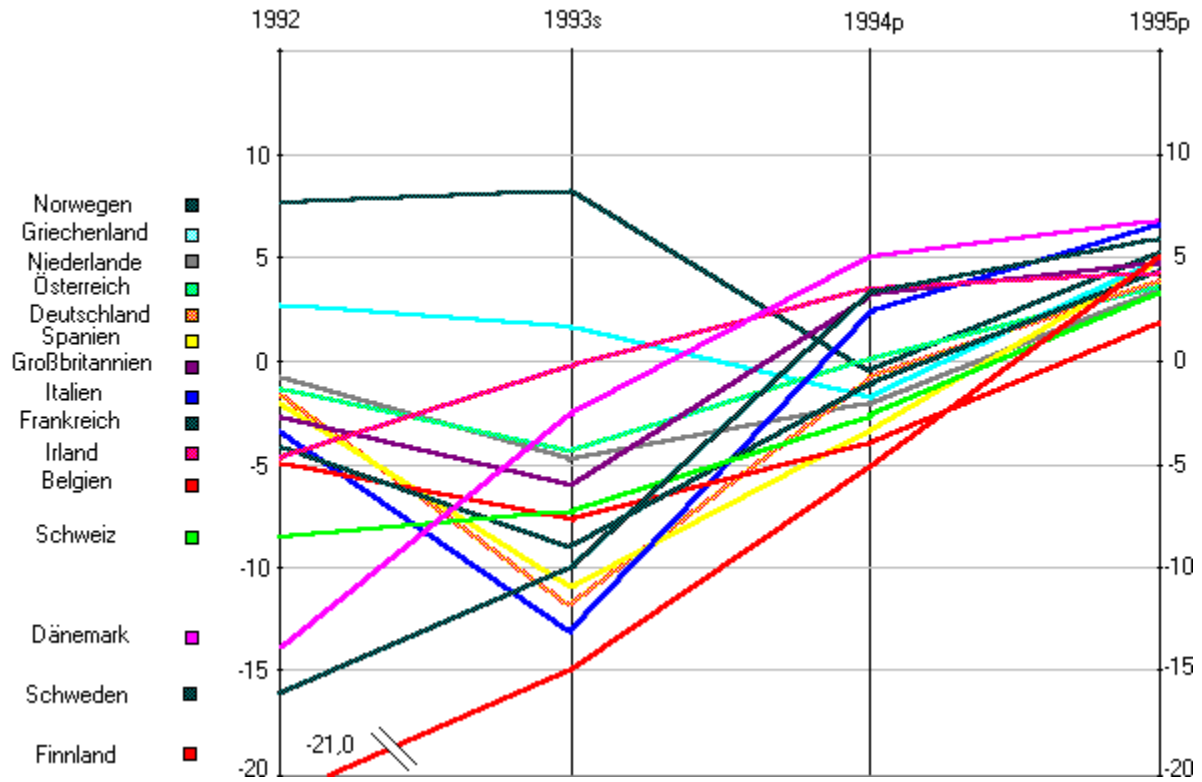
p: Prognosen s: Schätzungen

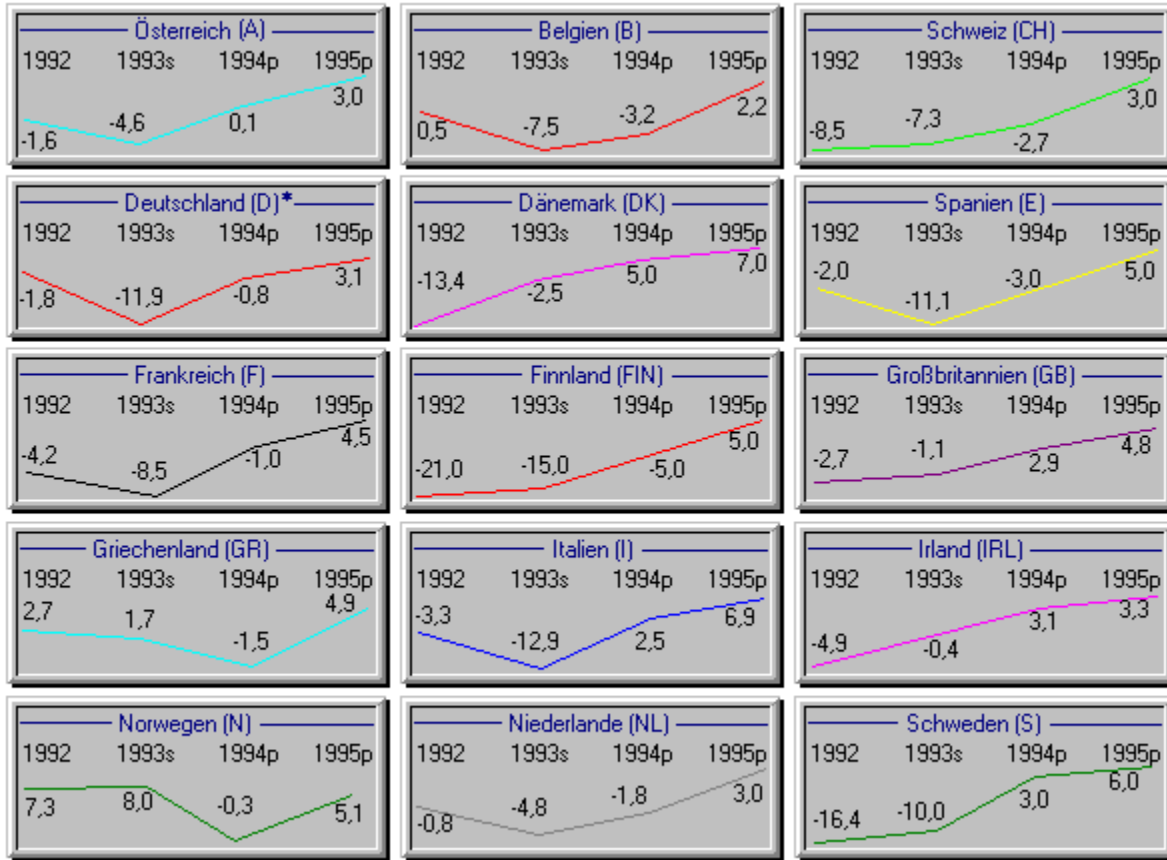
n.v. : nicht verfügbar

Quelle: OECD

Wachstum des Investitionsvolumens der westeuropäischen Unternehmen 1992-1995

(Bruttoinvestitionen des Privatsektors*, %-Anstieg im Vergleich zum Vorjahr)





* ohne Immobilien

** alte Bundesländer

p: Prognosen

s: Schätzungen

Quelle: OECD, Dezember 1993

Kapitalertrag der Unternehmen in Westeuropa 1992-1995

(% Anteil am nominalen BIP)	1992	1993s	1994p	1995p
Österreich (A)	10,7	10,5	10,4	10,6
Belgien (B)	13,1	12,3	12,1	12,2
Schweiz (CH)	8,5	9,0	9,2	9,1
Deutschland (D)*	13,6	13,0	13,0	13,1
Dänemark (DK)	10,5	10,0	10,1	10,6
Spanien (E)	17,9	17,8	17,7	18,2
Frankreich (F)	14,4	14,1	14,2	14,7
Finnland (FIN)	8,2	8,8	9,3	10,3
Großbritannien (GB)	10,3	11,1	11,7	12,3
Griechenland (GR)	11,7	11,9	11,7	12,0
Italien (I)	12,4	12,0	12,2	12,5
Irland (IRL)	10,4	10,3	10,6	10,7
Norwegen (N)**	6,3	6,8	7,0	7,3
Niederlande (NL)	16,9	15,7	15,5	15,8
Schweden (S)	10,0	11,2	11,5	11,9

* alte Bundesländer

** privater Sektor auf dem Kontinent, d.h. ohne Schiffbau, Erdöl- und Erdgasförderung

p: Prognosen

s: Schätzungen

Quelle: OECD, Dezember 1993

Exportpreise für Industrieerzeugnisse in Westeuropa 1992-1995

(Ausgangswert 100 = 1991)	1992	1993s	1994p	1995p
Österreich (A)	100	100	101	101
Belgien/Luxemburg (B-L)	102	101	98	98
Schweiz (CH)	99	101	102	103
Deutschland (D)	103	104	104	104
Dänemark (DK)	102	101	99	99
Spanien (E)	103	95	92	91
Frankreich (F)	100	99	98	98
Finnland (FIN)	93	86	90	91
Großbritannien (GB)	97	95	98	99
Italien (I)	99	91	92	93
Norwegen (N)	95	95	97	96
Niederlande (NL)	100	99	98	98
Portugal (P)	102	96	92	92
Schweden (S)	99	87	85	86

p: Prognosen
s: Schätzungen
Quelle: OECD

**Indizes der relativen Lohnkosten
in der westeuropäischen Industrie 1992-1995**

(Ausgangswert 100 = 1991)	1992	1993s	1994p	1995p
Österreich (A)	102	103	104	104
Belgien/Luxemburg (B-L)	102	102	99	99
Schweiz (CH)	98	100	101	101
Deutschland (D)	104	113	113	114
Dänemark (DK)	101	101	99	98
Spanien (E)	101	89	86	86
Frankreich (F)	102	105	103	102
Finnland (FIN)	78	65	64	64
Großbritannien (GB)	96	80	80	81
Italien (I)	98	82	81	81
Norwegen (N)	101	96	96	96
Niederlande (NL)	96	98	98	97
Portugal (P)	110	110	108	111
Schweden (S)	99	81	78	78

p: Prognosen
s: Schätzungen
Quelle: OECD

Einhaltung der Konvergenzkriterien in den beitrittswilligen Ländern 1992-1995

	Inflationsrate				Langfristiger Zinssatz			
	1992	1993s	1994p	1995p	1992	1993s	1994p	1995p
Österreich (A)	4,2	3,7	2,8	2,5	8,3	6,6	5,7	5,5
Finnland (FIN)	3,9	3,0	2,0	2,0	13,8	10,0	8,5	8,0
Norwegen (N)	2,6	2,3	1,9	2,2	9,6	6,9	5,5	5,5
Schweden (S)	2,5	5,2	3,5	3,0	10,4	8,8	8,0	7,8
Konvergenz- kriterien	3,7	3,3	3,4	3,3	10,9	9,3	8,6	7,5



Graphik

	Haushaltsverschuldung/BIP				Öffentliche Verschuldung/BIP			
	1992	1993s	1994p	1995p	1992	1993s	1994p	1995p
Österreich (A)	-2,0	-2,9	-3,8	-3,3	55,8	57,0	58,6	59,2
Finnland (FIN)	-6,1	-9,1	-6,2	-5,2	44,0	60,0	66,1	70,9
Norwegen (N)	-2,8	-3,2	-3,2	-2,7	43,4	47,2	51,0	54,2
Schweden (S)	-7,1	-14,7	-13,6	-12,1	52,9	67,6	80,5	91,2
Konvergenz- kriterien	-3,0	-3,0	-3,0	-3,0	60,0	60,0	60,0	60,0



Graphik

* geplanter Beitritt in die EU: 01/01/95

p: Prognosen

s: Schätzungen

Quelle: OECD, Dezember 1993

Ausländische Direktinvestitionen in Osteuropa 1990 und 1993

Bulgarien (BG)	n.v.	51,2
Tschechische Republik (CZ)	199,2*	1638,8
Ungarn (H)	427,9	3672,2
Polen (PL)	77,8	1708,0
Rumänien (RO)	87,1	573,9
Slowakische Republik (SK)	199,2*	2137,6

* Angaben für die ehemalige Tschechoslowakische Republik

n.v. : nicht verfügbar

Quelle: OECD

Die wesentlichen Ergebnisse der GATT-Verhandlungen

Allgemein gesehen kam es zu folgenden einschneidenden Entscheidungen: 1/ Eine Reduzierung um 38% der Zölle auf die von den Industrienationen auferlegten Güter, die zwei Drittel der weltweiten Importe (ohne Erdöl) darstellen. Im Durchschnitt werden die Zölle von 6,3% auf 3,9% gesenkt. 2/ Die Einrichtung der Welthandelsorganisation (WTO), welche voraussichtlich über eine große Entscheidungsgewalt verfügt, wodurch der einseitige Einsatz wirtschaftlicher Sanktionen erschwert wird. Darüber hinaus soll die WTO die GATT-Verhandlungsrunden durch permanente Verhandlungen zwischen den Mitgliedsländern ersetzen. Im Rahmen der neuen Organisation werden Entscheidungen nicht mehr mehrheitlich nach Gewichtung der Stimmen sondern nach einem Konsenssystem getroffen, wodurch es voraussichtlich oft zu Verhandlungsblockierungen kommen wird. Im Mai 1994 hatten die Parlamente der einzelnen Länder noch nicht den abschließenden Vereinbarungen der Uruguay-Runde zugestimmt. In der europäischen Union entstand ein Rechtskonflikt zwischen der Kommission und dem Europaparlament einerseits und den Mitgliedstaaten und deren Parlamente andererseits. In den Vereinigten Staaten mußte der durch die Zollsenkung entstandene Rückgang der Staatseinnahmen (14 Milliarden \$) durch andere Einnahmequellen kompensiert werden.

Die wichtigsten Ergebnisse

Industrieerzeugnisse: Die Zölle werden im Durchschnitt um 40% gesenkt. Innerhalb der vier Jahre nach Verabschiedung der Abschlußakte wird ein Großteil der Zölle vollkommen aufgehoben werden

Agrarprodukte: Erstmalige Liberalisierung des Sektors durch Abkommen über den Marktzutritt und durch progressive Senkung der staatlichen Subventionen. Langfristig ist eine Handelsreform für Agrarprodukte geplant.

Textilien: Innerhalb der nächsten zehn Jahre wird das Welttextilabkommen von 1974, das die Freiheit der Handelsbeziehungen einschränkt, progressiv rückgängig gemacht. Für die Übergangsphase wird jedoch eine Regelung eingeführt, die die Importländer im Schadensfall schützen soll.

Dienstleistungen: Erstmals wird dieser Sektor durch den GATT abgedeckt. In mehreren Sektoren sind die internationalen Regelungen sind allerdings noch unvollständig, wie z.B. in der Telekommunikation, bei den Dienstleistungen im Finanzbereich, in der zivilen Seefahrt usw.

Geistiges Eigentum: Das Abkommen umfaßt Patente, Autorenrechte, Aufführungs- und Aufzeichnungsrechte, Markenschutz usw., um Nachahmungen zu unterbinden.

Öffentliche Märkte: Die unterzeichneten Länder verpflichten sich, eine gewisse Anzahl von Maßnahmen zur Öffnung ihrer öffentlichen Märkte zu ergreifen.

Ungeklärte Verhandlungspunkte

Finanzdienste: Aufgrund unzureichender Vorschläge wurden die Verhandlungen über die Liberalisierung der Finanzdienste vorläufig verschoben und sollen erst bei Arbeitsaufnahme der WTO fortgeführt werden.

Luftfahrt: Der zwischen Amerika und Europa schwelende Konflikt bezüglich staatlicher Subventionen verhinderte eine Einigung. Bis zur Neuformulierung der Bestimmungen hinsichtlich der Subventions- und Ausgleichszollproblematik in der Luftfahrt gilt das bilaterale Abkommen von 1992.

Weltweites Stahlabkommen: Die Diskussionen über eine Regelung der Subventionen, den Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse und eine spezifische multilaterale Regelung werden fortgesetzt.

Schifffahrt: Da einige Länder, insbesondere die Vereinigten Staaten, bei der Öffnung ihrer Hochseeschifffahrt Zurückhaltung üben, werden die Verhandlungen bis Juni 1996 weitergeführt.

Luftverkehr: Angesichts der allgemeinen Unstimmigkeit bezüglich der Luftverkehrsbestimmungen wird die gegenwärtige Situation für fünf Jahre eingefroren.

Telekommunikation: Ein Projekt zur Liberalisierung der Basiskommunikationsdienste soll im April 1996 zum Abschluß kommen.

Regionalförderung aus EU-Strukturfonds Unterstützung bisheriger und neuer Mitgliedstaaten

Ziel 1: Entwicklung strukturell rückständiger Gebiete

Vergabekriterium: Das Pro-Kopf-BIP der betreffenden Region darf innerhalb der letzten drei Jahre 75% des EU-Durchschnitts nicht übersteigen.

Vor der Erweiterung werden für diesen Zweck zwischen 1994 und 1995 96,35 Milliarden ECU aufgewandt.

Ziel 2: Rehabilitation von Regionen mit stark rückläufiger industrieller Entwicklung

Vergabekriterium: Anspruch haben Regionen, deren Arbeitslosenrate über dem EU-Durchschnitt liegt und deren überdurchschnittlich hoher Beschäftigungsgrad in der Industrie einem beträchtlichen Rückgang ausgesetzt ist.

Im Zeitraum von 1994 bis 1999 werden 15,316 Milliarden ECU für diesen Zweck aufgewandt.

Ziel 3: Unterstützungen zur Bekämpfung der Langzeit-arbeitslosigkeit

Ziel 4: Unterstützungen zur Erleichterung des Berufseinstiegs für Jugendliche

Beide Ziele bezwecken eine Eingliederung von Arbeitskräften, die vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen oder von industriellen Umstrukturierungen und Veränderungen des Produktionssystems betroffen sind.

Im Zeitraum zwischen 1993 und 1999 werden 15,840 Milliarden ECU für diesen Zweck aufgewandt.

Ziel 5a und 5b: Unterstützungen für ländliche Gebiete und die Agrarwirtschaft

6,143 Milliarden ECU werden für das Ziel 5a (Anpassung der Agrarstruktur und der Fischerei) und 6,296 Milliarden ECU für das Ziel 5b (Entwicklung und strukturelle Anpassung ländlicher Gebiete) aufgewandt.

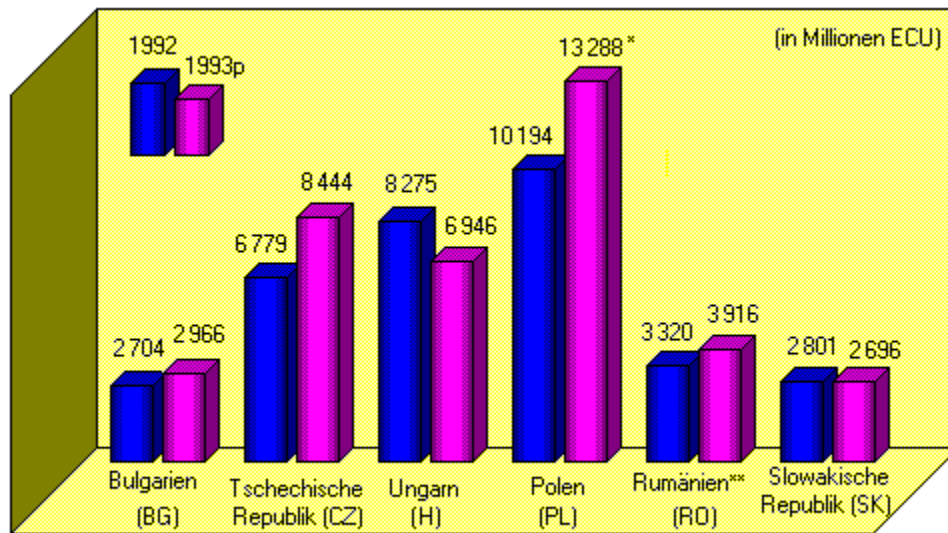
Im Rahmen des Ziels 5a haben die Unternehmen ihre Gesuche direkt einzureichen. Sie erhalten die Unterstützung unmittelbar, ohne Berücksichtigung nationaler Kriterien.

Ziel 6 (neueingeführt): Förderung der arktischen Gebiete

Unterstützungen für Gebiete, deren Bevölkerungsdichte unter 8 Einwohner/km² liegt (geschätzter Jahresaufwand: 170 Millionen)

Zusätzlich sind 1,530 Milliarden ECU zur Förderung von Übergangs- und Innovationsprojekten bestimmt.

Außenhandel der osteuropäischen Länder 1992-1993



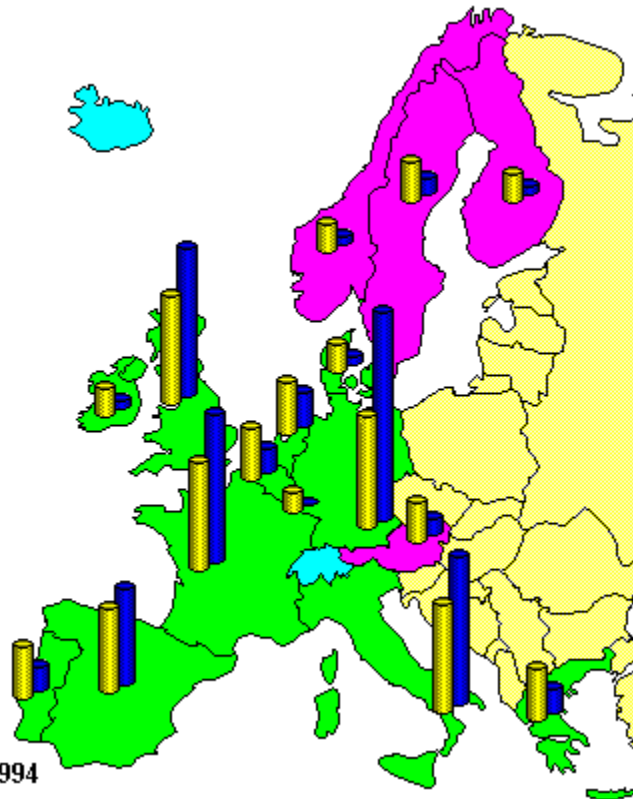
* Der Gesamtwert wurde ausgehend von den Angaben für die Periode von Januar bis Juni errechnet.

** Angaben von 1992 für alle Währungen, Angaben von 1993 für konvertierbare Währungen.

p: Der Gesamtwert wurde ausgehend von den Angaben für die Periode von Januar bis September errechnet.

Quelle: GATT

**Union des 16:
Verteilung der Stimmen
im Europarat**



© Europages September 1994

Union der 16: Verteilung der Stimmen im Europarat

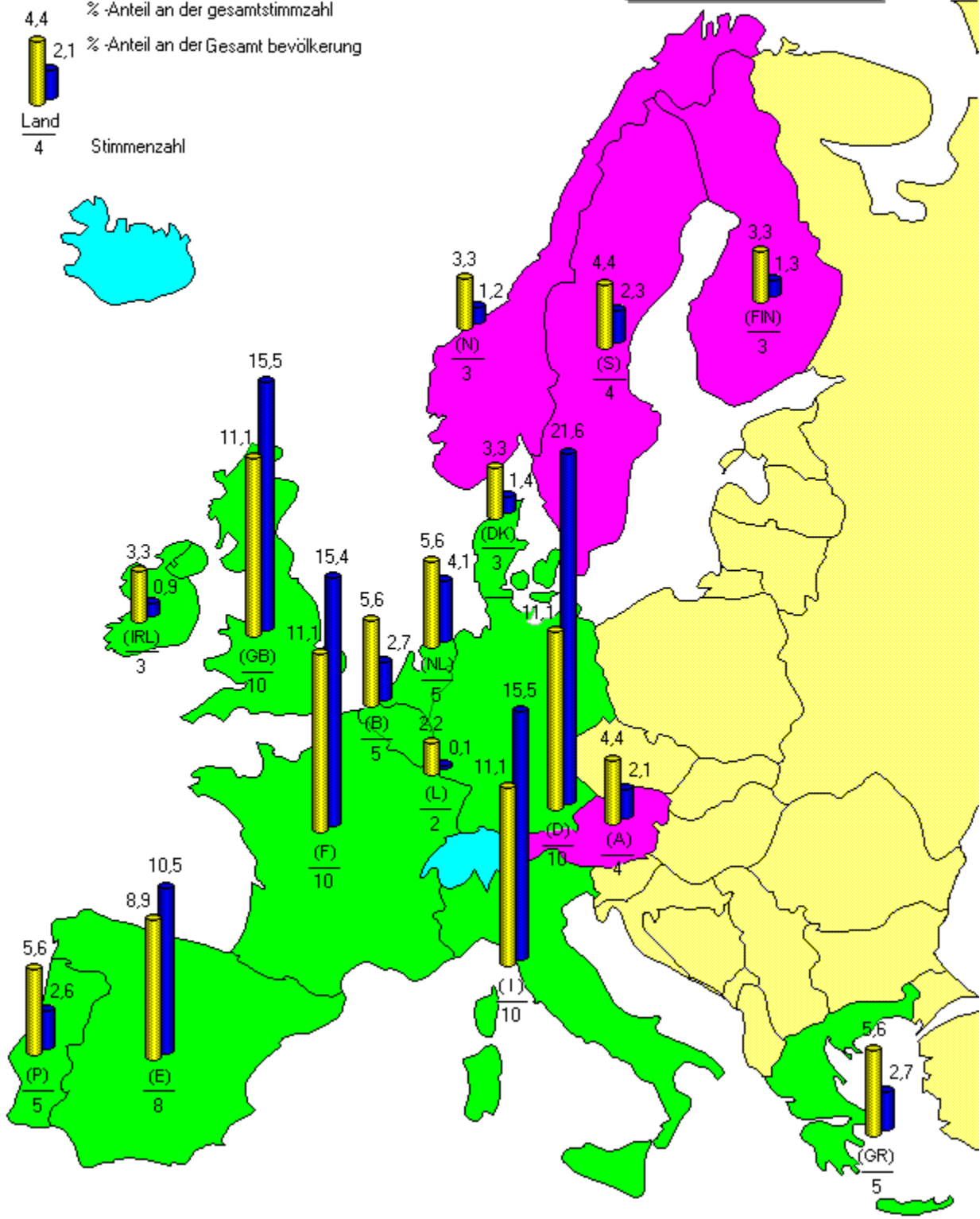
%-Anteil
an der Gesamt-
stimmzahl

- EU-Mitglieder
- Neue EU-Mitglieder
- EFTA-Mitglieder

4,4 % -Anteil an der Gesamtstimmzahl
 2,1 % -Anteil an der Gesamtbevölkerung

Land
 4 Stimmzahl

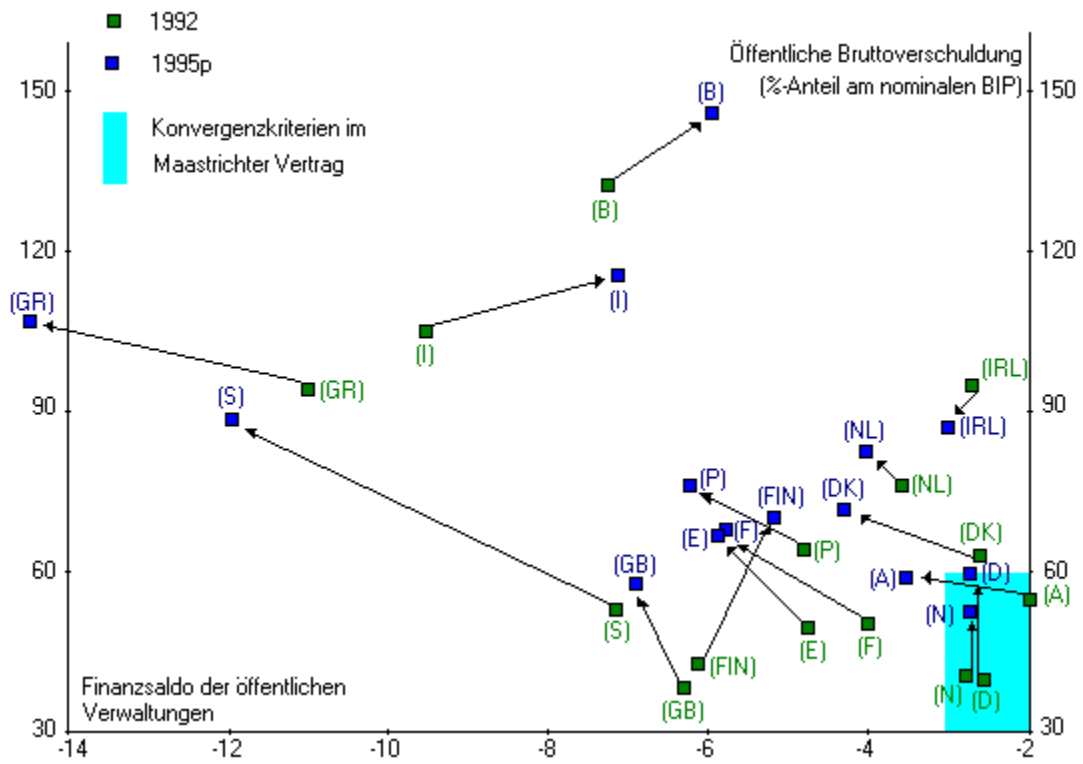
Europarat	
Stimmen insgesamt	90
Blockierungsminderheit	27
qualifizierte Mehrheit	64



Quelle: *Kommission der EU*

© **Europages September 1994**

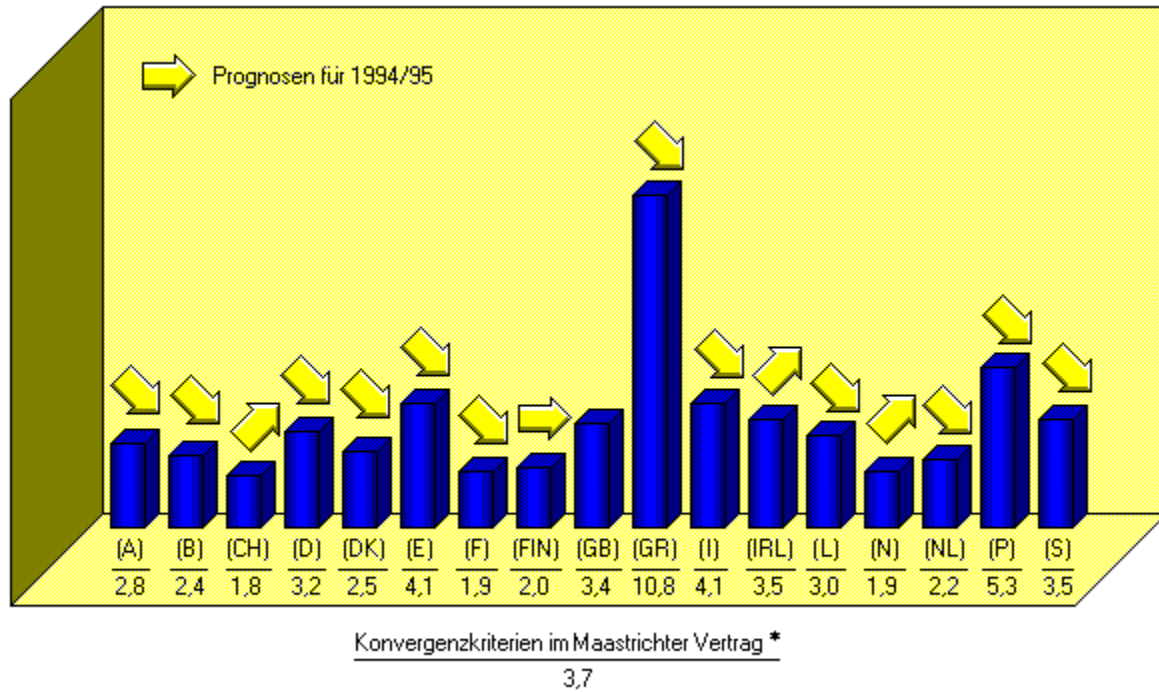
Verhältnis Haushaltsdefizite / öffentliche Verschuldung in Westeuropa 1992-1995



p: Prognosen
 Quelle: OECD, Dezember 1993

© Europages September 1994

Entwicklung der Inflationsraten in Westeuropa 1992-1995



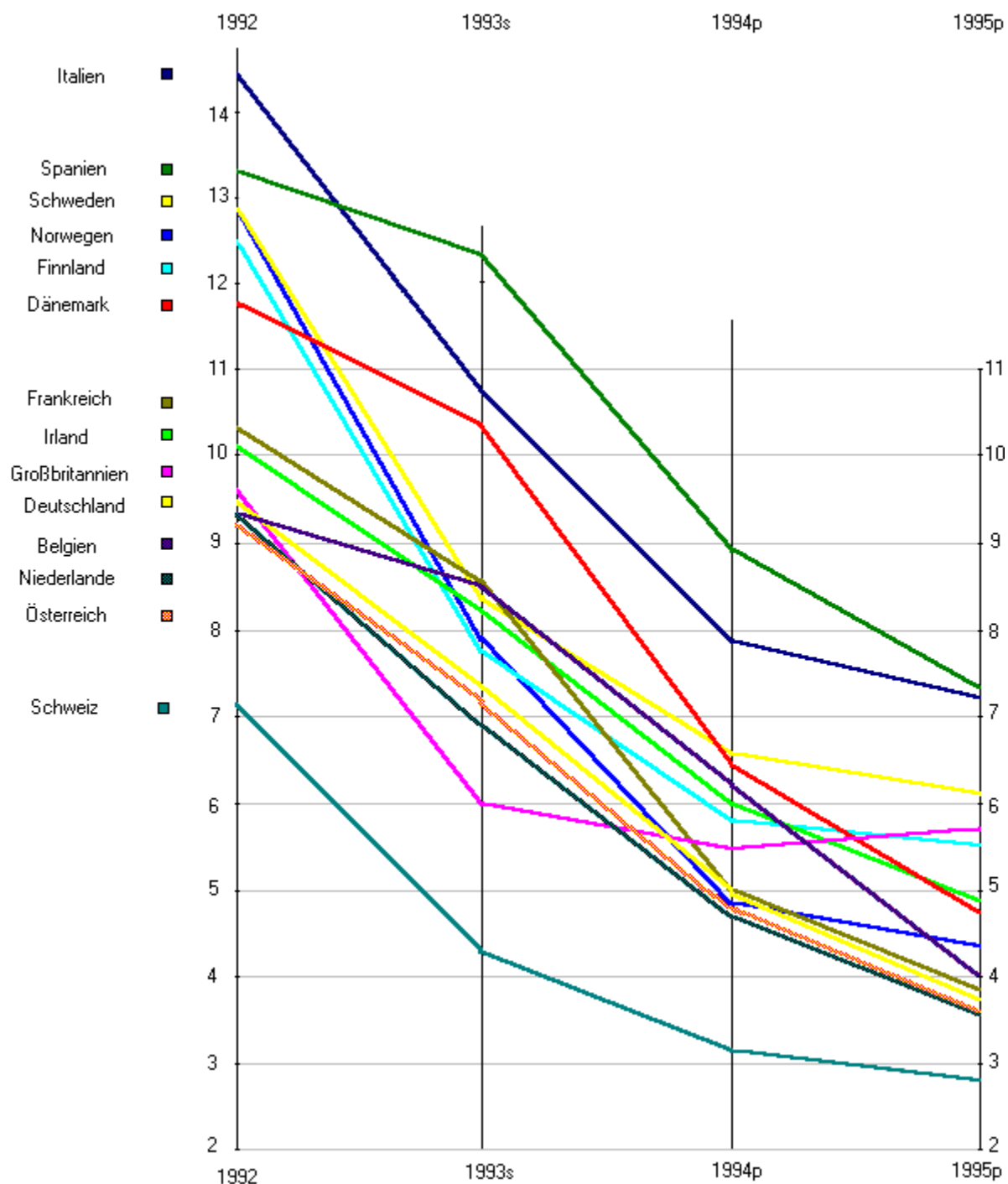
s: Schätzungen

p: Prognosen

Quelle: OECD, Dezember 1993

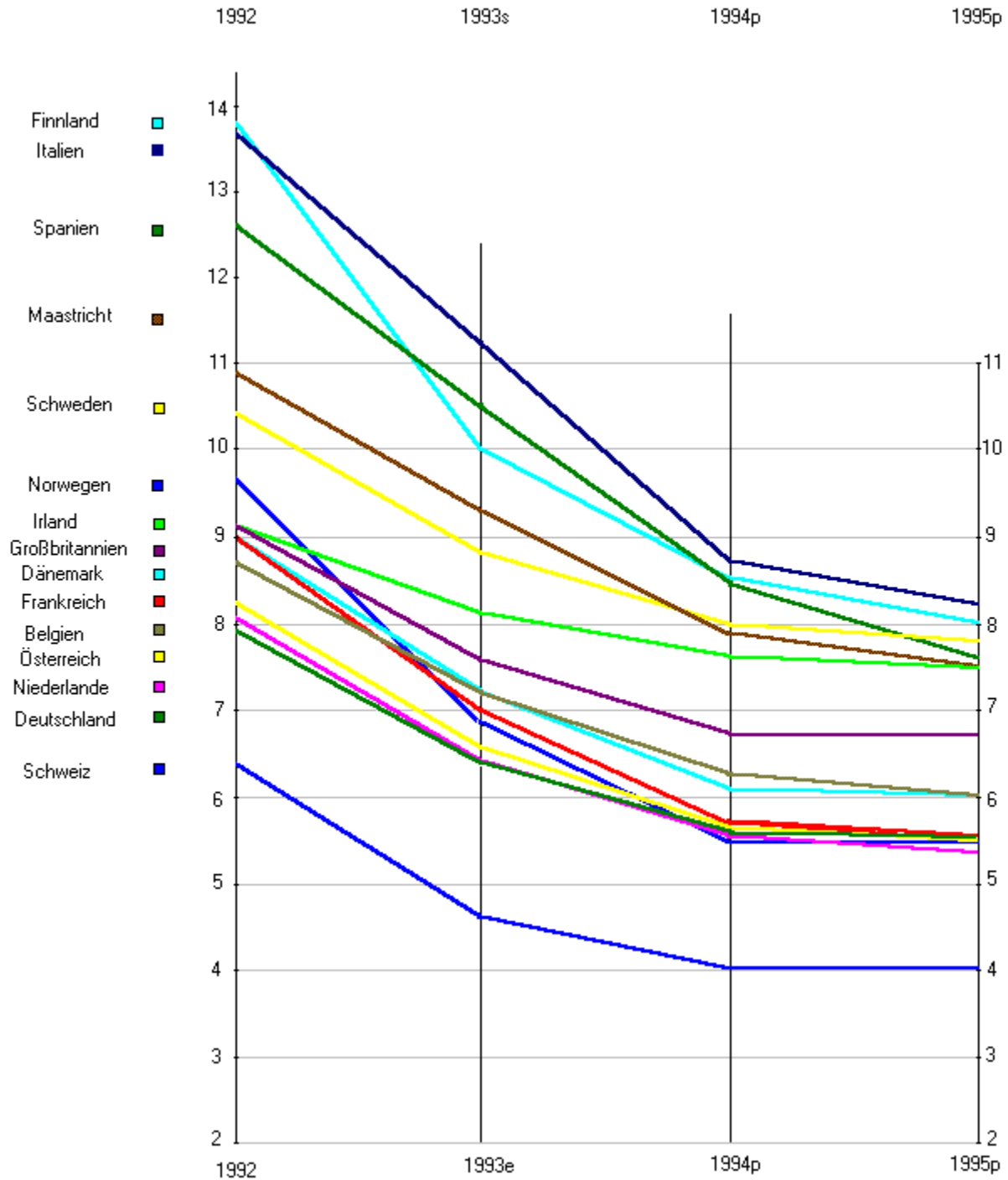
© Europages September 1994

Kurzfristige Zinssätze in Westeuropa 1992-1995



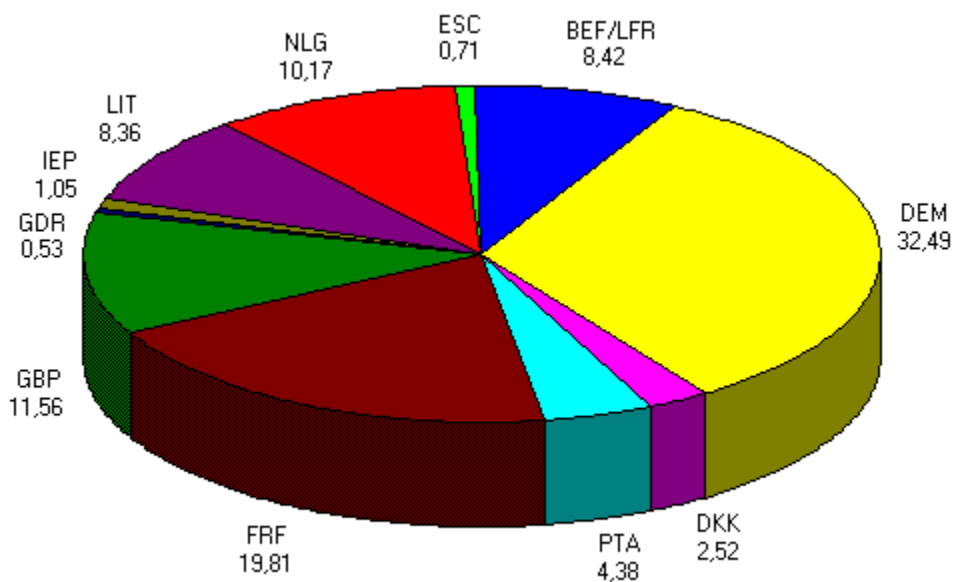
s: Schätzungen
 p: Prognosen
 Quelle: OECD, Dezember 1993

Langfristige Zinssätze in Westeuropa 1992-1995



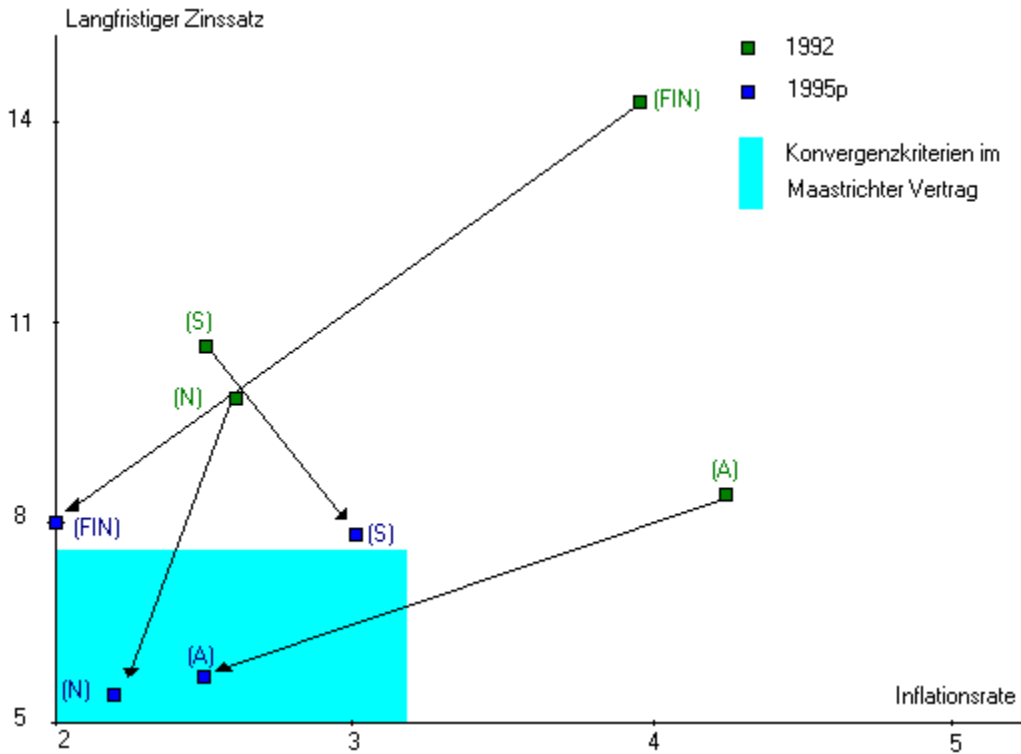
s: Schätzungen
 p: Prognosen
 Quelle: OECD, Dezember 1993

Zusammensetzung des ECU 1993



Quelle: Kommission der EU

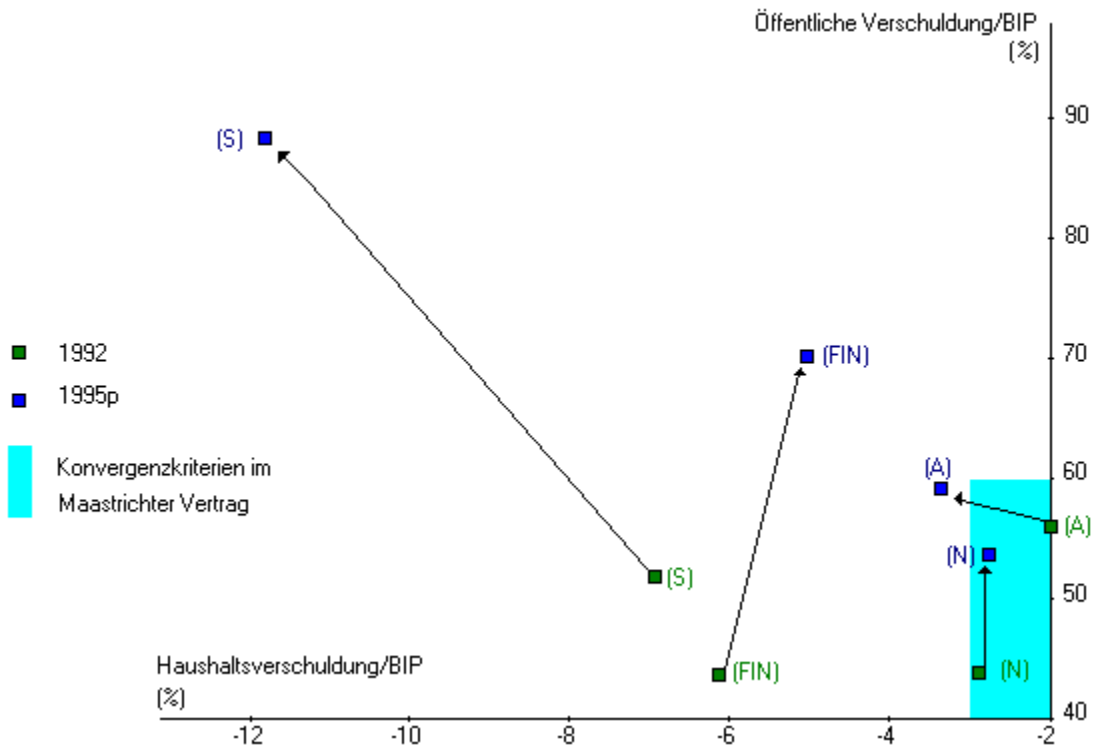
Einhaltung der Konvergenzkriterien in den beitrittswilligen Ländern 1992-1995



p: Prognosen
Quelle: OECD, Dezember 1993

© Europages September 1994

Einhaltung der Konvergenzkriterien in den beitrittswilligen Ländern 1992-1995



p: Prognosen
Quelle: OECD, Dezember 1993

© Europages September 1994

